

Niederschrift der 10. Ratssitzung vom 14.05.2020

Ort: Turnhalle der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str. 33,
06526 Sangerhausen

Tag: 14.05.2020

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 21:53 Uhr

Anwesenheit: Oberbürgermeister Herr Sven Strauß und 27 Stadträte

Herr Herr Andreas Skrypek	CDU
Herr Holger Scholz	CDU
Herr Frank Wedekind	CDU
Herr Reinhard Windolph	CDU
Herr Volker Schachtel	CDU

Frau Monika Rauhut	BOS/FDP/BV
Her Gerhard von Dehn-Rotfelser	BOS/FDP/BV
Herr Harald Oster	BOS/FDP/BV
Herr Torsten Wagner	BOS/FDP/BV
Herr Karsten Pille	BOS/FDP/BV
Herr Tim Schultze	BOS/FDP/BV

Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.
Herr Stefan Klaube	DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.

Herr Klaus Peche	B.I.S.
Herr Harald Koch	B.I.S.
Frau Gesine Liesong	B.I.S.
Frau Käthe Milus	B.I.S.
Herr André Reick	B.I.S.

Herr Arndt Kemesies	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Eberhard Nothmann	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Norbert Jung	SPD / DIE GRÜNEN

Herr Andreas Gehlmann	AfD
Frau Ellen Siefke	AfD
Herr Nico Siefke	AfD
Herr Martin Thunert	AfD

entschuldigt fehlten:	Frau Regina Stahlhacke Frau Karoline Spröte Herr Helmut Schmidt Herr Andreas Wunderlich	CDU DIE LINKE. SPD / DIE GRÜNEN AfD	
verspätet erschienen:	Frau Kati Völkel Herr Thomas Klaube Herr Frank Schmiedl	SPD / DIE GRÜNEN CDU CDU	16:10 Uhr 17:55 Uhr 19:06 Uhr
vorzeitiges Verlassen:	Herr Harald Koch Herr Karsten Pille Frau Kati Völkel Herr Stefan Klaube	B.I.S. BOS/FDP/BV SPD / DIE GRÜNEN DIE LINKE.	18:45 Uhr 19:00 Uhr 19:00 Uhr 19:35 Uhr
sachkundige Einwohner:	Herr Alexander Dobert Herr Uwe Görlich Herr Günter Hagel Herr Rudolf Henkner Herr Matthias Redlich Frau Iris Reiche Herr Maik Reppin Frau Katrin Scheffel		
Ortsbürgermeister:	Herr Udo Lucas	OT Wolfsberg	
Stadtverwaltung:	Herr Jens Schuster Frau Maria Diebes Stadtentwicklung und Bauen Herr Udo Michael Frau Marina Becker Frau Annette Brenneiser Frau Heidi Schöffner Frau Madeleine Schneegaß Frau Karin Schiller	Fachbereichsleiter Finanz-und Personalverwaltung Fachbereichsleiterin Fachbereichsleiter Bürgerservice Referentin Presse- und Öffentlich- keitsarbeit, Städtepartnerschaften Leiterin Referat Organisation und Wahlen SB Referat Organisation und Wahlen SB Referat Organisation und Wahlen SB Referat Organisation und Wahlen	
Tagungsleitung:	Herr Andreas Skrypek	Vorsitzender des Stadtrates	

Tagesordnung gemäß Einladung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung von Niederschriften**
 - 3.1 Genehmigung der 7. Niederschrift vom 30.01.2020
 - 3.2 Genehmigung der 8. Niederschrift vom 27.02.2020
- 4. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
 - 6.1 Berufung des Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Wolfsberg innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit
 - 6.2 Berufung des Ortswehrleiters und des stellv. Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Oberröblingen innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit
 - 6.3 Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat, seine Ausschüsse und für die Ortschaftsräte der Stadt Sangerhausen
 - 6.4 Eigenreinigung der Gebäude der Stadt Sangerhausen
 - 6.5 Aussetzung der Elternbeiträge für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen
 - 6.6 Mitgliedschaft der Stadt Sangerhausen im Fachverband der Kommunalkassenverwalter e. V.
 - 6.7 Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 105 des KVG LSA in einer Gesamthöhe von 551.800 € für verschiedene Investitionen in 2020
 - 6.8 Genehmigung von überplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 105 des KVG LSA in Höhe von 148.000,00 € für den Erwerb eines LKW "MAN mit Ladekran"
 - 6.9 Genehmigung von überplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 105 des KVG LSA in Höhe von 27.250,00 € für den Erwerb des Grundstückes der Gemarkung Oberröblingen, Flur 3, Flurstück 342
 - 6.10 Satzung der Stadt Sangerhausen zur Umlage der Verbandsbeiträge des Unterhaltungsverbandes "Wipper-Weida" 2020

- 6.11 Satzung der Stadt Sangerhausen zur Umlage der Verbandsbeiträge des Unterhaltungsverbandes "Helme" 2020
- 6.12 Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 42 "Wohngebiet Ostsiedlung" der Stadt Sangerhausen
- 6.13 Beschluss zur öffentlichen Auslegung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange der 1. vereinfachten Änderung B-Plan Nr. 31 "SO Photovoltaik Othaler Weg" der Stadt Sangerhausen
- 6.14 Baumschutzsatzung der Stadt Sangerhausen - 2. Lesung und Beschlussfassung
- 6.15 Satzung der Stadt Sangerhausen über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Nutzung des Informationszentrums Rose und der Rosenarena
- 6.16 Finanzierung des Bauvorhabens „Goldener Saal“ aus Mitteln des Förderprogramm städtebaulicher Denkmalschutz
- 6.17 Zustimmung der Stadt Sangerhausen zur Fördermittelbeantragung Waldbad Grillenberg für die Folienauskleidung und Chlorgasanlage
- 6.18 Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 42 "Wohngebiet Ostsiedlung" der Stadt Sangerhausen
- 6.19 Ermächtigung des Oberbürgermeisters zur Erhebung der Klage gegen den Festsetzungsbescheid des Landkreises Mansfeld-Südharz zur Kreisumlage 2020

7. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung

- 7.1 Bericht der Stadt Sangerhausen über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 26 Abs. 1 KomHVO LSA - Stand 31.12.2019

8. Beratungsgegenstände in nicht öffentlicher Sitzung

- 8.1 Verzicht auf die Erhebung von Ausgleichsbeträgen aufgrund öffentlicher Nutzung für 5 ausgewählte Grundstücke im Sanierungsgebiet
- 8.2 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz (*ohne Beschlussvorlage*)

9. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Um die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 weiter einzudämmen, stand im Rahmen der Öffentlichkeit den Besuchern nur eine begrenzte Anzahl an Plätzen zur Verfügung.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Andreas Skrypek, eröffnet die 10. Stadtratssitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister und ihre Stellvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger, Gäste und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten. Die Einladung sowie die Verhandlungsgegenstände wurden ordnungsgemäß versendet.

Beschlussfähigkeit: Der Stadtrat ist beschlussfähig. 28 Ratsmitglieder sind anwesend.

Öffentlichkeit: Alle TOP 1. bis 7.1 wurden in öffentlicher Sitzung behandelt. Der TOP 8.1 und 8.2 wurde in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Andreas Skrypek, stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Durch die außergewöhnlichen Zeiten (Corona-Krise) erfordert es auch außergewöhnliche Maßnahmen, dadurch treffe man sich heute aus Platzgründen in der Turnhalle der Grundschule Süd-West. Herr Skrypek bittet dafür um Verständnis und um Nachsicht, wenn nicht alles gut zu verstehen ist.

Für die Erfassung des Abstimmungsverhaltens war Frau Karin Schiller zuständig.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

16:10 Uhr
Frau Völkel kommt zur
Sitzung = 29 Anwesende

Die Verwaltung schlägt vor:

die Reihenfolge der Tagesordnung zu ändern.
Der Tagesordnungspunkt

6.18 *Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 42 "Wohngebiet Ostsiedlung" der Stadt Sangerhausen*

wird vorgezogen und als TOP 6.13 behandelt.

Die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte verschiebt sich entsprechend.

Begründung: Der TOP 6.12 behandelt den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 42 "Wohngebiet Ostsiedlung" der Stadt Sangerhausen

Korrektur im Beschlussgegenstand von TOP 6.9 - Genehmigung von außerplanmäßigen Auszahlungen - (nicht wie geschrieben überplanmäßige Auszahlungen)

Die Fraktion Bürgerinitiative Sangerhausen (B.I.S.) beantragt, dass der Tagesordnungspunkt 6.15 - Satzung der Stadt Sangerhausen über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Nutzung des Informationszentrums Rose und der Rosenarena - von der Tagesordnung gestrichen wird.

Begründung trägt Herr Koch vor:

Herr Koch weist auf die **schlechte Akustik in der Turnhalle** hin und bittet alle darum, etwas langsamer zu sprechen.

Man lebe derzeit in einer sehr schwierigen Situation. Alle wissen was auf die Kultureinrichtungen noch weiter zukommt. Man wisse, wie sie derzeit existieren bzw. dahin vegetieren, dazu zählen auch das Rosarium, das Informationszentrum Rose und die Rosenarena. Die Fraktion sehe es nicht ein, in der jetzigen Situation sich mit einer solchen Satzung zu beschäftigen, die Nutzungsgebühren für diese Einrichtung zu verändern bzw. zu erhöhen. Deswegen beantragen sie die Absetzung und die Aufnahme zu einem späteren Zeitpunkt.

Abstimmung über Antrag der B.I.S.

Ja-Stimmen	=	20
Nein-Stimmen	=	5
Stimmenenthaltungen	=	4

Damit ist der Antrag angenommen und TOP 6.15 wird von der TO abgesetzt.

Herr Hüttel sagt, dass ein Mitglied seiner Fraktion, Frau Carolin Spröte, in ihrer Funktion als Integrationsbeauftragte des Landkreises Mansfeld-Südharz im Vollschutz in einem Asylbewerberheim beschäftigt sei, wo auch das Corona-Virus aufgetreten ist. Sie arbeitet normal im Landkreis weiter.

Sie wird heute nicht an dieser Sitzung teilnehmen, da sie im letzten Punkt des Gesundheitsbogens mit „Ja“ geantwortet hat. Sie hatte den Kontakt jedoch nur über ihre Schutzausrüstung und nicht einen direkten Kontakt zum Infizierten. Wie geht es nun weiter? Man wisse nicht, wie lange diese Pandemie geht. Frau Spröte kann demnach ihr Mandat in den nächsten Monaten bzw. im nächsten halben Jahr nicht in Anspruch nehmen. Wie geht man in Zukunft damit um?

Herr Skrypek antwortet, dass es entsprechend von der Verwaltung eine Antwort geben wird.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	2

Die geänderte Tagesordnung wurde mehrheitlich angenommen.

Informationen

Die Niederschrift der 4. Ausschusssitzung des zeitweiligen Ausschusses „Kostenkalkulation Abwasserbeseitigung“ vom 17.12.2019 wurde mit folgendem Abstimmungsergebnis bestätigt:

Ja-Stimmen = 5
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 3

Die Niederschrift wurde den Ratsmitgliedern und den Ortsbürgermeistern zugestellt und ist zusätzlich im Ratsinformationssystem eingestellt.

Geburtstag:

Herr Skrypek gratuliert nachträglich, im Namen des Stadtrates, Herrn Harald Oster zum 50. Geburtstag.

Herr Strauß gratuliert ebenfalls und überreicht ein kleines Präsent (Anstecknadel Wappen).

3. Genehmigung von Niederschriften

3.1 Genehmigung der 7. Niederschrift vom 30.01.2020

Die Niederschrift wurde am 23.04.2020 mit den Unterlagen zur Ratssitzung versandt.

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen = 28
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 1

Die Niederschrift der 7. Ratssitzung vom 30.01.2020 wurde mehrheitlich bestätigt.

3.2 Genehmigung der 8. Niederschrift vom 27.02.2020

Die Niederschrift wurde am 23.04.2020 mit den Unterlagen zur Ratssitzung versandt.

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen = 28
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 1

Die Niederschrift der 8. Ratssitzung vom 27.02.2020 wurde mehrheitlich bestätigt.

dü4. Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht wurde vor der Sitzung verteilt und den nicht anwesenden Stadträten am 15.05.2020 zugeschickt.

5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Siefke sagt, in der Ortschaft Grillenberg gibt es einen massiven Grundwasserschaden und Umweltskandal. Dort ist ein Kran im Jahre 2013 in den Graben gekippt. Das Erdreich wurde, nachdem der Kran Flüssigkeiten verloren hat, nicht abgetragen. Der Kran hatte 300 l Diesel und 380 l Hydraulik im Tank. Das Umweltamt bestreitet jegliche Kenntnis davon. Hier ist ein Fehler unterlaufen, wo keiner mehr nachvollziehen kann, was passiert ist. Die AfD-Fraktion stellte Anfragen an die Stadtverwaltung, um zur Aufklärung des Falls beizutragen.

Herr Strauß weiß über diesen Fall Bescheid. Man muss zwischen zwei Vorgängen unterscheiden. Zum einen hat ihn eine Beschwerde erreicht, die sich letztendlich gegen das Umweltamt bzw. gegen das Vorgehen des Umweltamtes des Landkreises richtet. Diese Beschwerde hat er an die Landrätin weitergegeben, welche die Fach- und Dienstaufsicht über das Umweltamt innehat. Ein weiterer Komplex war die Durchführung des dortigen Feuerwehreinsatzes. Dies wird bereits fachlich im Haus ausgewertet und dementsprechend Schlüsse daraus gezogen.

Herr Siefke hofft, dass die Stadtverwaltung sich ihrer Verantwortung bewusst ist und nicht die gleichen Arbeitsmethoden hat, wie das Umweltamt. Das Umweltamt hat in andere Richtungen ermittelt. Es will nicht diesen Sachverhalt anfassen, da hier ein massiver Vorfall vertuscht wurde. Dieser Fall muss aufgeklärt werden. Irgendeiner ist schuldig und muss dafür haftbar gemacht werden.

Herr Skrypek hat sich ebenfalls diesbezüglich an den Landkreis gewandt. Ihm wurde zugesagt, dass mit dem Eigentümer ein klärendes Gespräch gesucht wird. Mehr könne man als Stadt nicht tun. Es ist eine Landkreisangelegenheit und dieser muss nun handeln.

Herr Siefke sagt, dass trotzdem nachvollzogen werden muss, wo der Fehler liegt. Der Boden wurde nicht ausgetauscht, entweder hat das zuständige Amt dort nicht reagiert oder der Einsatzleiter hat es nicht weitergeleitet, dass dort Flüssigkeiten ausgetreten sind. Die Anfragen liegen der Stadtverwaltung vor und man bitte um Beantwortung.

Herr Oster treibt das Thema Corona um. So, wie dem Gemeindefternvertretung der Stadt Sangerhausen (Positionspapier liegt den Fraktionsvorsitzenden vor), reicht es auch ihm nicht aus, heute nur um die reinen Kindergartengebühren zu sprechen. Wie gehe man als Stadt mit den Anträgen um? Die Eltern befinden sich aufgrund der fehlenden Kinderbetreuung zurzeit in einer Notsituation. Er möchte darauf aufmerksam machen, dass es nicht sein kann, dass Eltern erst unter Tränen einen Notbetreuungsplatz bekommen. Hier muss ein wohlwollender Umgang mit dem Thema Notbetreuung stattfinden. Es geht um viele Existenzen von Familien. Er möchte heute den zurückhaltenden Umgang bei der Vergabe der Notbetreuung ansprechen. Hier muss von Seiten der Stadträte ein Signal kommen. Was können wir als Stadt dafür tun, damit wir das Thema Notbetreuung ausweiten können?

Herrn Strauß verwundert dieser sehr pauschale und unbegründete Vorwurf sehr. Er weist ihn entschieden zurück. Er hat dargestellt, wie die Notbetreuung zurzeit organisiert wird. Wie schnell auf die Anträge der Eltern reagiert wird. Es geschah im ständigen Austausch und auch in Absprache mit den zuständigen Trägern der Jugendhilfe. Man ist ausgesprochen verantwortungsbewusst und sensibel mit den notwendigen Entscheidungen vorgegangen. Es fehlt jegliche Basis für das, was Herr Oster vorbringt. Er stellt die Frage: Wenn eine so

dramatische Situation entstanden ist, warum erst jetzt nach 2 Monaten dies vorgebracht wird. Er weist es deutlich und ausdrücklich zurück.

Herr Oster sagt, dass aus Datenschutzgründen er hier keine Namen nennen werde. Alles Weitere ist ein Thema, das in die Öffentlichkeit gehört. Das der OB es zurückweist, ist in Ordnung, aber was ihm als Stadtrat zugetragen wird, bleibt bei ihm.

Herr Strauß möchte abschließend dazu klarstellen, dass keine Eltern, keine Elternvertretung oder kein Stadtrat Repressalien zu befürchten hat, wenn er dies im öffentlichen Raum oder im Einzelfall persönlich an die Verwaltung vorbringt. Einzelfälle sind unmittelbar lösbar, wenn man vertrauensvoll miteinander spricht.

Frau Rauhut stellt im Namen der Fraktion BOS/FDP/BV einen Antrag: Unsere Fraktion beantragt Projektvorlagen für die Ortschaften zu erstellen. Dadurch wird es möglich, dass auch die Ortschaften in den Genuss von Fördermitteln und zusätzlich ausgereichten finanziellen Mitteln kämen, dass auch hier die Ortschaften davon partizipieren können. Jetzt heißt es immer, es wäre kein Projekt da und es muss bis Jahresende erledigt sein, so würde man immer hinten runter fallen.

Herr Skrypek sagt, dass jetzt über den Antrag nicht mehr abgestimmt werden kann. Die Fraktion hätte die Vorlage rechtzeitig einreichen müssen. Die Verwaltung werde diesen Antrag nun als Arbeitsauftrag mitnehmen.

Frau Rauhut hat noch ein Anliegen als Ortsbürgermeisterin (Wippra). Während der Bauarbeiten zur Abwasserbeseitigung hat sie immer wieder darauf gedrungen und hingewiesen, dass die Wiederherstellung der Straßen nicht so zufriedenstellend ist, wie man es gern hätte. Als die Firmen abgezogen sind, hatte sie zeitnah nachgefragt, ob eine Abnahme bereits stattfand. Dies wurde verneint. Daraufhin hatte Sie gebeten, dass bei den Abnahmen aus dem Ortschaftsrat jemand dabei ist. Dies wurde ihr zugesagt. Nun musste sie jedoch feststellen, dass die Abnahmen ohne dem Ortschaftsrat bereits erfolgt sind. Auch sie als Ortsbürgermeisterin wurde nicht dazu gerufen. Sie war fast zu jeder Baubesprechung als einzige aus der Stadt Sangerhausen dabei. Die Ortschaft und die Bürger von Wippra empfinden es als Eingriff in ihre Rechte und als Nichtachtung der Interessen der Bürger von Wippra.

Herr Strauß nimmt das Anliegen mit und klärt es im Haus.

Herr Peche spricht im Namen der Fraktion seinen Respekt und Anerkennung an die Stadt aus. Zum einen für die Möglichkeit der Durchführung dieser Ratssitzung und zum anderen hat seine Fraktion Räume zur Verfügung gestellt bekommen, um in dieser schwierigen Situation weiter arbeiten zu können. Ihm fehle aber in dem Bericht des OB Aussagen, wo es um die Existenz in den Ortschaften von sehr vielen betroffenen Bürgern, Institutionen, Einrichtungen, Gewerbetreibenden und Firmen geht. Da hätte er sich gewünscht, dass man darüber das eine oder andere Wort verliert. Er hofft, dass in der Zukunft gerade von Seiten der Stadtverwaltung, vorliegende Anträge so wohlwollend entschieden werden wie sie nur können, weil es unheimlich viele schwere Probleme geben wird. Das Ordnungsamt hat in dieser Krise sehr behutsam gearbeitet, dementsprechend auch hier seine Anerkennung und Lob. Man sollte jedoch daran denken, dass die Krise noch lange nicht überstanden ist. Es kommen noch sehr viele schwere Zeiten auf uns zu. Deswegen der Appell der B.I.S. ganz aktiv weiter zu arbeiten. Als weiteren Punkt spricht er die Baumaßnahmen in der Ernst-Thälmann-Straße an. Im Vorfeld gab es viele Diskussionen um das Fällen der Bäume. Durch diesen Stadtrat ist es

erstmal so weit gekommen, dass eine Vielzahl der Bäume erhalten werden können. Es wären über 40 Bäume mehr gefällt worden, wie es jetzt der Fall ist. 9 Bäume insgesamt mussten gefällt werden. Es wäre nur schön gewesen, wenn die Bäume in der Zeit schon gefällt worden wären, wo eigentlich Bäume gefällt werden dürften. Es gab immer eine große Diskrepanz oder negative Meinung dazu (Vögel nisten bereits in den Bäumen). Man hat angefangen, als die Zeit längst vorbei war. Eine Bitte oder auch Auftrag seitens der Fraktion ist, die vorgesehenen Ersatzpflanzungen öffentlich zu machen. Es sollte eine Bekanntgabe erfolgen, wann und wo die Ersatzpflanzung der Bäume erfolgt. Sehr viele Bürger sind daran interessiert, sich das mit anzuschauen.

Herr Hüttel bittet die Stadtverwaltung im nächsten Wirtschaftsausschuss um einen Bericht der die Auswirkungen der Corona-Krise, speziell im wirtschaftlichen Bereich, erläutert. Wo kann der Stadtrat helfen? Es ist bereits bekannt, dass man diverse Verluste bei den Steuereinnahmen verzeichnen werde.

Herr Nothmann nimmt Bezug auf die Baumfällarbeiten in der Ernst-Thälmann-Straße. In der Unfallverhütungsvorschrift Forsten steht als Grundsatz drin: Bei Baumfällarbeiten sollte die doppelte Baumentfernung zu gefährdeten Personen, Gebäuden oder auch Fahrzeugen bestehen. In diesem Fall war nicht einmal die halbe Baumentfernung eingehalten worden; selbst die Arbeiter hatten kein Helm auf und keine Schnitenschutzhosen an. Wenn man solche Firmen beschäftigt, sollte diesbezüglich auch kontrolliert werden. Die Bäume selbst werden durch den Baumbeauftragten der Stadt begutachtet, aber die Fällung an sich wird nicht kontrolliert.

Herr Skrypek Die Verwaltung nimmt die Anregung mit und wird es in der nächsten Bauberatung mit ansprechen.

Herr Kemesies Für die Grundschulen sind Glasfaserkabel im Stadtgebiet gelegt worden, auch in Oberröblingen. Hier hätte er sich über eine Information über die Verlegung der Glasfaserkabel in der Ortschaft gewünscht. Unter anderem worden Fußwege und Toreinfahrten aufgerissen, ohne dem Bürger entsprechend Bescheid zu sagen. Auch er wusste über das Bauvorhaben nicht Bescheid. Es war sehr extrem, obwohl man sich über die Glasfaserkabel sehr gefreut habe. Er kann und will Frau Rauhut beipflichten, auch er habe niemanden gesehen, welche eine Abnahme gemacht haben. Eine Abnahme hat nicht stattgefunden. Es wäre gut, wenn die Ortsbürgermeister zu bestimmten Abläufen mit einbezogen werden. Er bittet dies mit aufzunehmen, dass man hier gemeinsam etwas unternehmen kann.

Das gleiche bezieht sich auf Straßensperrungen. Es gab eine Zeit, da hat der Informationsfluss zwischen den verantwortlichen Fachämtern und den Ortschaften gut funktioniert. Aber seit 1-2 Jahren geht dies leider immer weiter zurück. Man wisse nicht warum und wann Straßen gesperrt werden. Aktuell stehen auf der Sangerhäuser Straße, im Bereich des Ortseingangs, wieder neue Schilder. Darüber hatte er keine Informationen. Es gab Zeiten, da wurden die Ortschaftsräte über entsprechende genehmigte Baumaßnahmen informiert. Er hofft auf einen besseren Informationsfluss. Mit Kommunikationsmitteln ist man breit ausgestattet, dies sollte auch genutzt werden.

Herr Skrypek sagt, dass die Verwaltung es mitnimmt.

Herr Kemesies bittet die Verwaltung um Prüfung: Im Bereich des Ratskellers (Kirmesplatz in Oberröblingen) waren die Gehwege extra stabil ausgelegt, so dass diese auch mit LKWs befahrbar sind. Wurden diese nach den Baumaßnahmen wieder korrekt hergestellt oder werde man in ein paar Jahren in diesem Bereich die ersten Senkungen haben?

Herr Nothmann bittet darum, bei der Planung des zweiten Teilabschnittes der Sanierung Gonnatalstraße Richtung Grillenberg den Ortschaftsrat mit einzubeziehen, um auch aktuelle Fragen und Probleme zeitnah zu klären. Bei diesem Teilabschnitt gibt es keine Umgehungsstraße, diese könnte man aber schaffen, wenn mit dem Forstbetrieb – Süd gesprochen wird.

Herr Strauß sagt, dass es keine Zusage von der Landesstraßenbaubehörde für diesen zweiten Bauabschnitt im nächsten Jahr gibt. Es gibt die Verständigung darauf, dass man sich im nächsten Jahr noch einmal darüber unterhält.

16:50 Uhr Beginn der Einwohnerfragestunde

Herr Dobert 2012 wurde die Sangerhäuser Bürgerstiftung gegründet. Diese hat zum Ziel, dass die Förderung und Entwicklung des Gemeinwohls der Sangerhäuser Bürgerinnen und Bürger vorangetrieben werden soll. Herr Strauß als OB der Stadt Sangerhausen ist zusammen mit einem Vorstandsmitglied der Volksbank und dem Geschäftsführer der Stadtwerke Sangerhausen Mitglied des Stützungsbeirates. Es wurde in dieser Sitzung bereits angesprochen, dass man sehr viele Leute in Sangerhausen hat, sei es hauptamtlich oder ehrenamtlich, die sich aufgrund der Corona-Pandemie engagieren. Wäre es sinnvoll bzw. möglich über die Sangerhäuser Bürgerstiftung ein Projekt zu initiieren, indem den vielen Helfern in Sangerhausen für ihr Engagement gedankt wird?

Herr Strauß bedankt sich für diese Anregung. Es ist natürlich eine sinnvolle Idee, aber ob es möglich ist, muss geprüft werden. Zum einen wie der Stand der aktuellen Mittel der Sangerhäuser Bürgerstiftung ist und zum anderen, ob es sich mit dem Stiftungszweck vereinbaren lässt.

Herr Redlich bedankt sich bei Herrn Strauß für seine Zivilcourage. Er hat sich offen bei Facebook gegen Lügen, Verbreitung von Hetze und die Verunglimpfung von Menschen gestellt. Er hätte es aber schöner gefunden, wenn es Herr Strauß nicht nur als Privatperson sondern auch als Oberbürgermeister getan hätte. Der Oberbürgermeister stellt immer sehr viele Informationen bei Facebook rein. Ist es möglich, dass die Stadt eine offizielle Facebook-Seite haben kann, um so die Informationen neutral darzustellen? Es gibt natürlich ein Für und Wider, aber ein gewisser Informationsbedarf ist da, weil ganz viele Leute es teilen und lesen.

Herr Strauß findet es wichtig, gerade in Zeiten von Veränderungen und Krisenzeiten, dass man umfangreiche Informationen bekommt, welche leicht und nahezu für jeden zugänglich sind. Neben der Veröffentlichung am schwarzen Brett und in den Sangerhäuser Nachrichten gibt es auch die Website der Stadt, die sehr zeitnah in den letzten Wochen die wichtigen Informationen weitergegeben hat. Es gab die Möglichkeit und wird in Zukunft auch weiterhin bestehen bleiben, dass die Kommunikationsmittel des Landkreises genutzt werden können. Über den Landkreis habe man die Möglichkeit die entsprechende Nachrichten-App (BIWAPP) zu nutzen, um die wichtigen Informationen sehr zeitnah weiterzureichen.

Zum Punkt soziale Medien: Wenn man dies nutzt, sollte man es richtig und gut machen. Die sozialen Medien leben gerade von der Interaktion. Es ist keine einseitige Kommunikation, wie man auf einer Website Informationen bereitstellt. Sondern es kommen Rückfragen, es wird kommentiert und es muss darauf reagiert werden. Kommen bestimmte verletzend Äußerungen oder sogar strafrechtliche relevante Sachen muss eingeschritten werden. Der Stadt Sangerhausen fehlt dafür die personelle Kapazität,

deshalb hat man sich bisher dagegen entschieden. Man werde nach dem jetzigen Stand in den sozialen Medien (Instagram, Facebook) nicht aktiv werden.

Herr Siefke, Danilo wohnhaft in Grillenberg, Ludwigstrauch 1

Er ist Geschädigter aufgrund des Müllvorfalls. Er findet es bedauernd, da in den vergangenen 6 Wochen nichts passierte. Von den Ämtern keine Reaktion. Er steht ganz allein da. Alle 2 Tage muss er 1000l Wasser holen. Er ist verzweifelt. Die Landrätin hat er angeschrieben und bis jetzt keine Antwort erhalten. Dies findet er sehr bedauernd. Es hat sich niemand die Mühe gemacht, außer die AfD-Fraktion, sich den Fall vor Ort anzusehen. Wenn er als Bürger einen Fehler macht, sind die Ämter innerhalb von 1-2 Tagen vor Ort. Aber bei unbequemen Sachen kommt keiner - so sein Gefühl. Herr Siefke lässt sich auf eigene Kosten von einem staatlich geprüften Sachverständigen ein mikrobiologisches Gutachten erstellen. Es wird die Fließrichtung bestimmt und die Gesteinsschichten. Er kann jetzt schon sagen, dass die Fließrichtung vom Standort des umgekippten LKWs kommt. Das Umweltamt will nichts davon wissen. Das ist traurig.

Herr Strauß zeigt Verständnis dafür, wie unzufrieden er mit dieser Situation ist. Allerdings ist es eine Angelegenheit des Landkreises. Man habe in Deutschland geteilte Zuständigkeiten und der Stadtrat Sangerhausen ist nicht das Gremium, was die Arbeit der Landrätin und des Landkreises zu kontrollieren hat oder in irgendeiner Richtung beeinflussen könnte. Herr Siefke sei daher an der falschen Adresse mit seiner Beschwerde, die er sehr gut nachvollziehen kann.

Herr Koch genügt die Antwort nicht. Er hätte zumindest erwartet, dass der Oberbürgermeister sagt, er kümmere sich darum. Herr Strauß ist auch Kreistagsmitglied und könnte sich beim Landkreis bzw. bei der Landrätin melden. Nur wegen der Nichtzuständigkeit würde er nicht so antworten.

Herr Strauß erläutert, dass man nicht über mehrere verschiedene Vorgänge redet, sondern man rede das dritte Mal über den gleichen Vorgang. Wie er bereits dem Stadtrat Herrn Siefke, Nico sagte, habe er natürlich den Fall an die Landrätin weitergeleitet. Auch Herr Skrypek, als Vorsitzender des Stadtrates, hat mit dem Landkreis gesprochen. Herr Strauß habe zusätzlich im Haus den zuständigen Fachbereich zur Klärung gebeten, der diesen Feuerwehreinsatz zu beurteilen hat. Es ist nicht so, dass man es beiseitegelegt hat. Jetzt ist der Landkreis am Zug.

Herr Skrypek hat sich in diesem Fall auch eingeschaltet und persönlich beim Landkreis Mansfeld-Südharz vorgesprochen und hat sich den Sachverhalt nochmals darlegen lassen. Es wurde ihm zugesichert, dass Herr Siefke ins Amt eingeladen wird (Einladung müsste vorliegen) und Akteneinsicht bekommt.

Herr Siefke, Danilo sagt, dass er die Einladung nicht Herrn Skrypek zu verdanken hat, sondern weil er Druck gemacht hätte und sie bewiesen haben, dass einige Aussagen von gewissen Leuten falsch seien. Wo wird uns geholfen? Der Wasserverband bietet ihm auf unbestimmte Zeit an, 1,5 m³ Wasser anzufahren. Kostet allerdings 85 EUR pro Einsatz. Das ist Hilfe in Deutschland? Danke!

17:05 Uhr Ende der Einwohnerfragestunde

6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

17:05 Uhr
Herr Kotzur verlässt die Sitzung = 28 Anwesende

6.1 Berufung des Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Wolfsberg innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Der Ortschaftsrat Wolfsberg stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext

Der Stadtrat beschließt, dass mit Wirkung zum 14.05.2020 Herr Gerd Schnelle zum Ortswehrleiter der Ortsfeuerwehr Wolfsberg für den Zeitraum von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit berufen wird.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	28
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 1-10/20

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-10/20** registriert.

Der Kamerad der Ortsfeuerwehr Wolfsberg, Herr Gerd Schnelle kann an der heutigen Sitzung leider nicht teilnehmen und bekommt zu einem späteren Zeitpunkt vom Oberbürgermeister die Berufungsurkunde feierlich überreicht.

6.2 Berufung des Ortswehrleiters und des stellv. Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Oberröblingen innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit

17:07 Uhr
Herr Kotzur kommt zur
Sitzung zurück = 29 Anwesende

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Der Ortschaftsrat Oberröblingen stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext

Der Stadtrat beschließt, dass mit Wirkung vom 14.05.2020 Herr Heiko Brandl zum Ortswehrleiter und Herr Falco Heise zum stellv. Ortswehrleiter der Ortsfeuerwehr Oberröblingen für den Zeitraum von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit berufen werden.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	29
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 2-10/20

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-10/20** registriert.

Herr Strauß ernennt Herrn Heiko Brandl zum Ortswehrleiter und Herrn Falco Heise zum stellv. Ortswehrleiter der Ortsfeuerwehr Oberröblingen für den Zeitraum von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit, nachdem diese den Amtseid gesprochen haben. Er händigt die Ernennungsurkunden aus. Herr Skrypek und Herr Michael schließen sich den Glückwünschen an.

6.3 Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat, seine Ausschüsse und für die Ortschaftsräte der Stadt Sangerhausen

Begründung: Frau Brenneiser

In Abstimmung mit dem gestrigen Hauptausschuss wurde eine Änderung vorgenommen. Im § 2 Abs. 5 S. 1 wird die Wortgruppe in " in begründeten Fällen" gestrichen.

Sie gibt einen kurzen Ausblick, wie es hinsichtlich des neuen Ratsinformationssystem weitergeht. Es ist angedacht ab Anfang Juli die Mandatsträger zu schulen, damit sie nach und nach das neue Ratsinfosystem nutzen können. Die Stadtratssitzung im September soll dann komplett über das neue System laufen.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Unter Berücksichtigung der Streichung der Wortgruppe in " in begründeten Fällen" § 2 Abs. 5.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zu.

Die Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage mehrheitlich zu.

13 Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage zu.

(Breitenbach, Gonna, Grillenberg, Großleinungen, Lengefeld, Morungen, Obersdorf, Oberröblingen, Riestedt, Rotha, Wettelrode, Wolfsberg, Wippra)

1 Ortschaftsrat stimmte nicht über die Beschlussvorlage ab - Sitzung fand nicht statt. (Horla)

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

Herr Koch begrüßt im Namen der B.I.S.-Fraktion die Übernahme der Änderungen aus dem Hauptausschuss und zieht den Antrag der B.I.S.-Fraktion wieder zurück (Änderungen im §1). Im Interesse aller, fragt er nach, wenn heute die GO beschlossen wird, dass diese dann auch morgen in Kraft tritt? Ist dieses System freigeschalten? Kann es morgen genutzt werden?

Frau Brenneiser antwortet, dass noch viele Vorbereitungen getroffen werden müssen. Mit der Beschlussvorlage wurde ihnen ein Abfragebogen bezüglich des Umfangs und Nutzung der personenbezogenen Daten ausgereicht, welches bitte ausgefüllt zurückgeschickt werden muss. Die Passwörter müssen ebenfalls noch vergeben werden. In der Theorie wäre die Nutzung bereits möglich, aber man möchte vorher die Mandatsträger schulen. Die Mitarbeiter im Haus, welche für die Ausschüsse und Sitzungstätigkeit zuständig sind, werden nächste Woche (20.05.20) im Haus eine Grundlagenschulung bekommen. Im Anschluss werde man intern weitere Kollegen schulen, da in der Stadtverwaltung Sangerhausen die Fachbereiche die Beschlussvorlagen selbst anlegen. Beim Landkreis legt das Kreistagsbüro die Beschlussvorlagen an. In der Stadt Sangerhausen ist dies dezentral organisiert, weil man auch mehr Gremien hat (14 Ortschaften). Die Sitzungen ab der neuen Legislaturperiode (01.07.2019) werden nach und nach in das neue Ratsinformationssystem eingepflegt.

Herr Hüttel fragt, inwiefern der Stadtrat und die Ausschussvorsitzenden mit in die Umsetzung einbezogen werden? Man wolle das Eine oder Andere noch zusätzlich in das System einbinden wie z. B. im Sanierungs- oder Bauausschuss werden über den Beamer viele Bilder gezeigt, welche aber im Ratsinfosystem fehlen.

Frau Brenneiser antwortet, dass die Schulung der Mandatsträger durch Mitarbeiter der Stadt Sangerhausen erfolgt. Man werde einige von den Stadträten als Multiplikator nutzen wollen, um die breite Masse (Ortschaftsräte, sachkundige Einwohner) abzudecken. Eine Schulungsgruppe sollte nach Möglichkeit nicht mehr als 10 Mitglieder beinhalten. Nachdem die Schulung der Mitarbeiter im Haus durch die Firma erfolgt ist, können auch solche Fragen hinsichtlich der Bilder geklärt werden. Es könnte jedoch aufgrund der Datenmenge ein Problem werden. Sie bittet diesbezüglich noch um etwas Geduld.

Herr Hüttel fragt, man kaufe kein fertiges System, sondern ein lebendes System wo Änderungen eingebracht werden können?

Herr Strauß erläutert, dass man unterscheiden muss, man habe ein System, was uns technisch ermöglicht, die Unterlagen wie Einladungen etc. zu übermitteln. Es ermöglicht auch

eine Power-Point-Präsentation oder Bilder darzustellen. Was in das System reingepackt wird oder welche Informationsbedürfnisse die Stadträte haben, muss an die Verwaltung herangetragen werden. Dies hat jedoch mit der technischen Umsetzung und Schulung eher weniger zu tun. Das System hat viele Möglichkeiten, wurde aber für uns nicht ganz neu entwickelt. Der praktische Umgang wird vieles entscheiden.

Herr Jung fragt nach dem Abfragebogen bezüglich des Umfangs und Nutzung der personenbezogenen Daten? Er bekommt die Unterlagen nicht per Post sondern ruft die Dokumente online ab.

Frau Brenneiser antwortet, dass dieses Schreiben in der Anlage der Beschlussvorlage enthalten ist.

Herr Koch berichtet von seiner Erfahrung mit dem Kreistag. Das neue Ratsinformationssystem ist eine hervorragende Sache, auch für unsere Einwohnerinnen und Einwohner. Man kann Beschlussvorlagen nachverfolgen, was wurde beschlossen bis hin zur Niederschrift. Er möchte das System dahingehend würdigen, da es ein hervorragendes Archiv ist. Es hilft extrem bei der Recherche von ehemaligen Beschlüssen. Hat eine Frage bzw. ein Vorschlag: Da man eine gewisse Zeit braucht, um sich einzufinden, wäre es machbar die nächste Stadtratssitzung noch über das alte Ratsinformationssystem laufen zu lassen?

Herr Strauß antwortet, dass dies genau den Planungen entspricht. Die nächste Stadtratssitzung findet planmäßig am 09.07.2020 statt. Man habe vor, es parallel laufen zu lassen. Die Mandatsträger bekommen die schriftliche Einladung wie gewohnt über die Post zugestellt. Parallel wolle man das neue System schon zur Verfügung stellen. Für Herrn Strauß ist der späteste Zeitpunkt, wo ausschließlich das neue System genutzt werden soll die September-Ratssitzung. Ganz einfach aus dem Hintergrund, da in dieser Sitzung der Haushalt eingebracht werden soll. Und die Stadträte wissen welchen Umfang dies einnimmt, daher möchte man die neue Technik nutzen.

Herr Nothmann hat den Vorschlag die Beschlussvorlage dahingehend zu ändern, dass die Inkraftsetzung der GO erst nach der nächsten Sitzung stattfindet.

Herr Strauß sagt, dies sei aus seiner Sicht nicht zwingend erforderlich, weil man den Parallelbetrieb vorhat.

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die in der Anlage beigefügte Geschäftsordnung für den Stadtrat, seine Ausschüsse und für die Ortschaftsräte der Stadt Sangerhausen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	= 28
Nein-Stimmen	= 0
Stimmenenthaltungen	= 1

Beschluss- Nr.: 3-10/20

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-10/20** registriert.

6.4 Eigenreinigung der Gebäude der Stadt Sangerhausen

Begründung: Frau Brenneiser

Die Beschlussvorlage wurde vor der Sitzung als Tischvorlage neu verteilt.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu. Unter Berücksichtigung der Streichung des Wortes "angemessen" im letzten Absatz der Begründung.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen zu.

Die Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage mehrheitlich zu.

11 Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage zu.

(Breitenbach, Gonna, Grillenberg, Großleinungen, Lengefeld, Morungen, Obersdorf, Oberröblingen, Rotha, Wettelrode, Wolfsberg, Wippra)

1 Ortschaftsrat enthielt sich der Stimme. (Wettelrode)

1 Ortschaftsrat stimmte nicht über die Beschlussvorlage ab - Sitzung fand nicht statt. (Horla)

1 Ortschaftsrat stimmte nicht über die Beschlussvorlage ab - fasste Beschluss 1. Lesung. (Riestedt)

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

Frau Liesong bittet darum, der Vorlage zuzustimmen. Man korrigiere einen Fehler, welchen man vor Jahren begangen hat.

Herr Wedekind sagt, dass nach der Auffassung der CDU-Fraktion der den Stadträten übergebenen Betrachtung bzw. Gegenüberstellung der tatsächlichen Kosten, diese nicht ausreichend sind, um eine so weitreichende Entscheidung treffen zu können. Man müsse sich immer wieder vor Augen führen, wie stark man die Wirtschaft in unserer Region. Ein Ansatz wäre z.B. das Ausschreibungsverfahren. Können bzw. wolle man eventuell einzelne Objekte ausschreiben und könne man die Qualitätskriterien dadurch bestimmen? Mit der Steigerung des Mindestlohnes wurde den Reinigungskräften Zeit genommen, da man genau weiß, dass diese Reinigungskräfte ihre Arbeit nicht in der möglichen Zeit erledigen können. Die CDU-Fraktion wird nicht zustimmen.

Herr Kotzur ist der gleichen Meinung wie Frau Liesong. Es ist auch eine Frage der Wertschätzung der Arbeit der Reinigungskräfte. Vereinzelt begrüße er, dass es Mindestlöhne gibt. Ob sie ausreichend sind und man davon leben könne, ist eine andere Frage. Mit Sicherheit nicht. In den Einrichtungen entsteht eine Situation, dass nicht Schmutz beseitigt wird, sondern er wird breit geschmiert. Das liegt nicht an den Mitarbeiterinnen, sondern an dem System. Er hofft und wünscht sich, wenn die Stadt es in Eigenregie übernimmt, dass man genau an dieser Stelle eine Qualitätssteigerung haben werde und auch bessere Achtung der

Arbeit dieses Personenkreises erreiche. Man werde als Fraktion der Vorlage uneingeschränkt zustimmen.

Herr Strauß sagt, die zu erwartenden Verdienststeigerungen steigern natürlich auch die berechtigten Kosten, dies ist korrekt und geschieht jedes Jahr. Es geschieht aber nicht ausschließlich im öffentlichen Dienst, sondern insbesondere auch im Reinigungsgewerbe, weil in der Vertragsgestaltung diese Verdienststeigerungen sofort und eins zu eins an die Stadt weitergegeben werden. Zum Thema Ausschreibungsverfahren: Man versucht bereits in den letzten Jahren schon über die Definition von Meistbietenden und Kontrollen eine Qualitätsverbesserung zu erreichen.

Es führt in der Regel aber dazu, dass mehr Druck auf die einzelnen Arbeitnehmer ausgeübt werde. Eine Verbesserung der Qualität habe man dadurch nicht erfahren können. Ob die Entscheidung von damals falsch war, kann er heute nicht mehr beurteilen. Jede Entscheidung hat seine Zeit. Es gab die Zeit als man viel ausgegliedert hatte, damals wollte und vielleicht konnte man auch Geld sparen. Heutzutage muss man Verantwortung nicht nur für die Beschäftigten, sondern auch für unsere Einrichtungen (Kindergärten, Schulen, Horte) übernehmen, dem müssen wir gerecht werden. Diese Vorlage ist der richtige Weg dahin. Ohne uns über jeden einzelnen Euro zu streiten.

Herr Wagner sagt, nicht alles kann am Preis orientiert werden. Qualität hat auch seinen Preis. Wenn man eine Dienstleistung beauftrage, dann vereinbare man gewisse Zeiten / Einheiten. Diese 396,1 Wochenstunden sind effektive Stunden, d.h. die Stunden, welche sie wirklich da sind. Nimmt man die 519 Wochenstunden, muss eingeplant werden, dass die Mitarbeiter Mindesturlaub haben, krank werden.

Frau Brenneiser sagt, es sind bei den Reinigungsfirmen die hochgerechneten Stunden, welche aus den Auskünften der Mitarbeiter, die in den Reinigungsfirmen tätig sind, basieren. Die berechneten Stunden beinhalten nach KGSt Krankheit und Urlaub mit einem gewissen Schlüssel. Allerdings ist zu unterscheiden, dass der Urlaub in den Schulen nur in der Ferienzeit möglich ist. In den Kitas kann der Urlaub normal genommen werden, da es keine Schließzeiten mehr gibt. Dies ist auch ein riesen Vorteil, den man mit dem eigenen Reinigungspersonal haben wird. Sollte man merken, dass es nicht ausreicht, könne man nachlegen. Entweder wird es vertraglich geregelt oder über Mehrstunden.

Herr Nothmann kann aus Erfahrung sagen, dass diese Leute nicht nach Stundenlohn bezahlt werden, sondern nach Leistung. Es ist eine Schande! Diese Leistung würde der Chef selber nicht schaffen, so erbärmlich ist das. Die Reinigungskräfte arbeiten 14 h am Tag, um leben zu können.

Herr Skrypek ist der Meinung, dass es sicherlich Firmen gibt, die die Leute ausnutzen, aber es gibt auch ordentliche qualifizierte Firmen auf dem Markt. Diese Firmen sollte man sich auch raussuchen. Qualität hat natürlich seinen Preis. Wenn man Qualität möchte, muss dies dementsprechend auch bezahlt werden. Aber er möchte eins nicht, dass alle Firmen in der Reinigungsbranche über eine Leiste gezogen und unter Generalverdacht gestellt werden.

Herr Peche glaubt, die Befürworter dieser Beschlussvorlage ziehen nicht alle Firmen über eine Leiste. Seine Fraktion hat immer gesagt: Konsolidierungsprogramme und das, was man da aufschreibe, sei ein Märchenbuch. 2006 ist man das Märchen eingegangen, gerade als die Reinigungsarbeiten ausgegliedert wurden. Was habe man damit gekonnt? Die unteren Schichten (ist nicht negativ gemeint) können sich am wenigsten wehren, auch wenn sie gewerkschaftlich engagiert oder sogar Mitglieder sind. Bei den schwarzen Schafen eine Möglichkeit auf bessere Arbeitsbedingungen zu bekommen ist schwer. Wenn man jetzt die

Möglichkeit habe für die Räumlichkeiten der Stadt, für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt etwas positives zu ermöglichen, dann sollte man es nicht zerreden und von schwarzen Schafen reden, sondern sollte es der Stadt als Auftraggeber wieder zurückgeben. Dies habe auch etwas soziales, was uns in diesen Zeiten ganz gut tut.

Frau Liesong Viele Dinge der Privatisierung wird man in Zukunft überdenken. Dies hat man jetzt in Corona-Zeiten erlebt wie z.B. bei den Krankenhäusern. Sie kann aus persönlicher Erfahrung mit Reinigungskräften berichten, dass es ein Unterschied gibt, ob es hauseigene Kräfte sind oder sie von außen kommen. Es ist eine ganz andere Frage der Verantwortlichkeit. Die Reinigungskraft im Haus fühlt sich für ihr Haus verantwortlich. Die Arbeitnehmer, welche von einer Fremdfirma kommen, kommen von außen und haben etwas abzuarbeiten. Sie will ihnen nicht zu nahe treten, sie sind jedoch leichter austauschbar. Die Verantwortlichkeit fehlt. Dies macht sehr viel an einem Arbeitsprozess und Arbeitsklima aus.

Herr Kemesies sagt, man habe auch eine soziale Verpflichtung. Es stehen fast 13 VBE in der Beschlussvorlage drin, die etwa mit 52 Leuten Teilzeit beschäftigt werden. Dies ist eine enorme Zahl. Komme man mit dem Geld aus, kann der Fehler von damals wirklich zurückgedreht werden. Es geht nicht nur um die Ersparnisse, es geht auch um Qualität. Die Reinigungskräfte versuchen ihre Arbeit so anständig wie nur möglich zu machen. Sie stehen unter enormen zeitlichen Druck, weil sie bereits zum Nächsten müssen. Es geht nicht um schwarze Schafe. Man weiß, dass bei einer Ausschreibung immer der preiswertes zum Schluss genommen wird. Qualität hat seinen Preis. Man könne nicht nach Qualität entscheiden, entscheidend ist das wirtschaftliche Kriterium und das ist nun mal das Geld bei einer Ausschreibung. Er bittet dem Beschluss zuzustimmen. Die Erfahrung wird es dann zeigen, ob der Weg richtig war. Die Menschen werden es der Stadt danken, welche ihre Arbeit hier finden und unter einen anständigen Tarif im öffentlichen Dienst arbeiten können.

Herr Schachtel Am meisten wird um die Qualität der Reinigungsleistungen diskutiert. Betriebswirtschaftlich denken und Preise durchsetzen sind zwei verschiedene Schuhe. Man habe über Steuererhöhungen diskutiert. Die mittelständischen Unternehmen versuchen ihr Produkt ordentlich zu verkaufen, damit es den Mitarbeitern gut geht. Man bekommt etwas rein in die Kasse, man will Löhne erhöhen, aber was passiert - Steuern werden erhöht - alles weg. Krankenkassenbeiträge werden erhöht – wieder alles weg. Und wenn er jetzt hört, gerade bei den Ausschreibungen, dass der Billigste den Zuschlag bekommt. Die Stadt muss ja den Billigsten nehmen. Das ist ja dieses Problem! Man falle hinten runter, man stellt sich gut auf, leistet Qualität usw. Die Corona-Krise zeigt uns gerade, wie viele Firmen mit einer heißen Nadel gestrickt sind. Er hat in der letzten Fraktionssitzung darauf hingewiesen, dass in der Kalkulation die ganzen Nebenkosten und auch die Fahrzeuge enthalten sein müssen. Jeder Kindergarten muss angefahren werden, da nicht eine Person vor Ort zur Verfügung steht. Dies erzeugt Kosten. Das der Billigste genommen wird, muss aus den Köpfen raus. Die Qualität muss stimmen. Die Unternehmen bezahlen Steuern, sie erwirtschaften das Bruttosozialprodukt. Bitte immer mal daran denken. Es ist richtig, dass man etwas für die Leute tun muss. Aber denken sie bitte allgemein, wenn keiner mehr da ist, der es erwirtschaftet, also Firmen und man mache alles selber, weiß er nicht, wo wir dahin kommen. Er spricht nur für den Mittelstand, welcher mit Menschen lebt, die Nöte und Sorgen der Leute kennt. Und nicht von denjenigen, die nicht mehr wissen, was los ist, dass ist eine andere Geschichte. Schwarze Schafe gibt es überall. Der ganz normale Mittelstand versucht einfach nur gut klar zu kommen, um den Mitarbeiter das Geld zu bezahlen. Das ist das Wichtige und muss beachtet werden.

Herr Gehlmann sagt, was hier vollzogen werden soll ist einfach nur eine Rolle rückwärts. Aus der Vorlage ist zu entnehmen, dass 2006 über die Konsolidierung darüber nachgedacht wurde.

Es ging einfach nur um Wirtschaftlichkeit. Jetzt geht es auch um Wirtschaftlichkeit. Es wird ja nicht teurer. Mitarbeiter werden für die Stadt eingestellt und die Kosten bleiben gleich. Er hat von einigen Stadtratsmitgliedern wohlwollend aufgenommen, dass man gesagt hat, damals wurde ein Fehler begangen und dies wolle man wieder ausgleichen. Die AfD-Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt mit dem 01.01.2021 die Einführung der Eigenreinigung und Aufnahme der entsprechenden Vollbeschäftigteneinheiten (VBE) in den Stellenplan 2021.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 20
Nein-Stimmen = 6
Stimmenenthaltungen = 3

Beschluss- Nr.: 4-10/20

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-10/20** registriert.

17:55 Uhr
Herr Klaube, Thomas kommt zur
Sitzung = 30 Anwesende

6.5 Aussetzung der Elternbeiträge für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen

Begründung: Herr Strauß

Verwaltung übernimmt Empfehlung aus dem gestrigen Hauptausschuss:

Ausweisung der finanziellen Auswirkungen von 142.000 € abzüglich der Landeszuweisungen im Monat Mai 2020.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu. Unter Berücksichtigung der Ausweisung der finanziellen Auswirkungen von 142.000 € abzüglich der Landeszuweisungen.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Herr Hüttel begrüßt diese Vorlage. Er hat nur wenig Hoffnung, dass ein Großteil der Kosten durch das Land übernommen werde. Auch die Stadt ist in der Konsolidierung, auch sie hat einen nicht ausgeglichenen Haushalt. Daher habe man ein gutes Werk getan. Aber er bittet den

OB darum, beim Städte und Gemeindebund genau dieses Thema nochmal anzusprechen. Das man gegenüber dem Land und vor allem gegenüber dem Bund Druck mache. Wenn es da Probleme gibt, bittet er um eine zeitnahe Information.

Herr Koch möchte auf eine Tatsache verweisen, welche er besonders positiv empfunden hat. Man hatte mit Beginn der Corona-Pandemie eine Ausnahmesituation. Es gab ein Runderlass des Ministeriums des Inneren und Sport des Landes Sachsen-Anhalt vom 23.03.2020 der lautete: Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der kommunalen Gremien unter Berücksichtigung der aktuellen Pandemielage. Und genau in diese Phase fiel für die Stadträte fraktionsübergreifend die Frage: Wie könne man hier eine solche Entscheidung herbeiführen? Es tagte kein Stadtrat, deswegen haben sich die Fraktionsvorsitzenden an den OB gewandt. Es gab übereinstimmende Aktionen. Man ist froh darüber, dass der OB dem Ersuch nachgekommen ist. Herr Koch hat es besonders positiv berührt, dass Herr Strauß sich in dieser Situation demokratisch verhalten hat. Es gibt andere Gebietskörperschaften, wie z.B. der Landkreis, die in bestimmten Situationen nicht so gehandelt haben (z.B. Umgang mit den Erlösen). Daher möchte er sich nochmal dafür bedanken, dass der OB sich so verhalten hat und er wünscht sich, dass man weiterhin so miteinander verfähre.

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt, die Erhebung der Elternbeiträge für die Benutzung der Kindereinrichtungen (Krippe, Kindergarten und Schulhort), unabhängig von der Inanspruchnahme einer Notbetreuung, für den Monat Mai 2020 auszusetzen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	30
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 5-10/20

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-10/20** registriert.

6.6 Mitgliedschaft der Stadt Sangerhausen im Fachverband der Kommunalkassenverwalter e. V.

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Mitgliedschaft der Stadt Sangerhausen im Fachverband der Kommunalkassenverwalter e. V. ab dem Jahr 2021 zu beantragen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	30
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 6-10/20

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-10/20** registriert.

6.7 Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 105 des KVG LSA in einer Gesamthöhe von 551.800 € für verschiedene Investitionen in 2020

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltungen zu.

Herr Peche meint, dass es sich immer mehr notwendig macht eine Auflistung zu haben, was ist alles in der Stadt Sangerhausen und in den Ortschaften an Maßnahmen notwendig, welche Aufgaben sind zu machen? Man spricht als Fraktion gegen keine dieser Maßnahmen, man weiß, dass es ein kleiner Teil von dem ist, was eigentlich gemacht werden müsse. Es ist notwendig, eine Auflistung zu bekommen, um auch überfraktionell sich darüber zu unterhalten. Hier wäre die Klausurtagung angebracht. Es kann nicht verlangt werden, dass man nachvollziehen könne, ob es sich hier um die wichtigsten Maßnahmen handelt. Er mahnt an, dass das, was zugesagt wurde, bis zur Klausurtagung vorliegt und man damit arbeiten könne.

Herr Hüttel ist der Zeitraum bis zur Klausurtagung schon fast zu spät. Er wird dies im nächsten Bauausschuss ansprechen. Es war jetzt sehr kurzfristig. Alle Fraktionen möchten es bis zur Klausur schon mal angesprochen haben. Bei den Klausurtagungen ist keine große Zeit, großartig viele Dinge zu behandeln, bei der Vielzahl von Maßnahmen / Themen. Dies muss langfristig bis zur Klausur angesprochen werden.

Herr Windolph schließt sich den Ausführungen an. Es ist keine Zeit gewesen, um die Details zu besprechen. Mahnt dies dringlich an, dass es beim nächsten Mal so nicht durchgehen wird. Dann wolle man auch selbst als Fraktion Dinge einbringen.

Herr Koch sagt, dies ist ein Beispiel, dass diese kleinen Spritzen, die uns Mitte des Jahres zugedacht werden, schwer helfen. Man bräuchte eher einen großen Schlauch für das ganze Jahr, wo man mit der Gesamtplanung Maßnahmen gemeinsam betrachten könne. Man hat jetzt bereits mit der im Haushalt eingestellten Mittel Entscheidungen getroffen; und jetzt kommt etwas zusätzlich hinzu. Man hätte vielleicht andere Prioritäten gesetzt.

Beschlusstext

Der Stadtrat stimmt den in der Anlage näher erläuterten Maßnahmen des Investitionshaushaltes und Ergebnishaushaltes 2020 wie folgt zu:

Investitionshaushalt:

*außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 91.000 € für Erwerb Rasentraktor mit Hochentleerung und Radlader mit Gabel und Schaufel für den Bauhof
MNR.: 111311M00004 / Sachkonto: 07110000*

*außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 30.000 € für Ersatzneubau Speisehalle
Grundschule Goethe MNR.: 211101M00023 / Sachkonto: 09610000
überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 260.800 € für
Straßenoberflächenentwässerungen MNR.: 541001M00048 / Sachkonto: 01410000*

*überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 70.000 € für Ersatzneubau Hort Poetengang
MNR.: 365101M00034 / Sachkonto: 09610000*

*außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 50.000 € für Planung Knoten Erfurter
Straße / Straße der VS MNR.: 541001M00054 / Sachkonto: 09620000*

Ergebnishaushalt:

*überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 50.000 € für Teilinstandsetzung
Riestedter Weg Oberröblingen Produkt: 54100100 / Sachkonto: 52210000*

*Die Deckung der oben benannten Maßnahmen erfolgt aus der Investitions-/
Kommunalspauschale. Angeordnet wird diese vorerst in einer Summe im Produkt
61110100 (Allgemeine Finanzwirtschaft) Sachkonto 23110000 (Sonderposten aus
Zuwendungen).*

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	3

Beschluss- Nr.: 7-10/20

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 7-10/20** registriert.

18:45 Uhr
Herr Koch verlässt die
Sitzung = 29 Anwesende

6.8 Genehmigung von überplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 105 des KVG LSA in Höhe von 148.000,00 € für den Erwerb eines LKW "MAN mit Ladekran"

Begründung: Frau Diebes

Schlägt vor

- Erwerb LKW "MAN mit Ladekran" für 83.700,00 € inkl. der Fernsteuerung des Ladekrans
- Wie mit dem Streu- und Räumschild umzugehen ist, wurde im Hauptausschuss diskutiert. Ob es nicht praktikabler wäre, die Winterdienstausrüstung zu mieten. Aufgrund der Kürze der Zeit kann noch keine vollumfängliche Antwort auf die Frage gegeben werden. Wird in einer der nächstmöglichen Sitzung nachgeholt, so dass wir diese beiden ersten Punkte Streu - und Räumschild aus der Beschlussvorlage raus nehmen können.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zu.

(Abstimmung erfolgte nur für den Erwerb des LKWs MAN, da für Zusatzgeräte die Antwort noch aussteht.)

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltungen zu.

Herr Kotzur stimmt der Vorlage prinzipiell zu. Es ist dringend notwendig, den Fahrzeugpark, die Ausstattung und Ausrüstung für unseren Bauhof auf den aktuellen Stand zu bringen, um sicher zu stellen, dass alle Aufgaben erfüllt werden können. Er bat darum, dass Fahrzeugkonzept für den Bauhof sehr zeitnah zu erarbeiten. Weiterhin möchte er bis spätestens zur Klausurberatung eine Prioritätenliste haben; was man braucht, wann wie schnell und wo sind die Schwerpunkte zu setzen.

Herr Oster stellt den Antrag, die Fernsteuerung aus der Beschlussvorlage heraus zu nehmen. Warum? Die Fernsteuerung dient dazu, wenn jemand mit dem Fahrzeug allein unterwegs ist. Aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen empfiehlt es sich zu zweit unterwegs zu sein. Gerade bei solch großen Fahrzeugen. 19.000 EUR hält er für den gezielten Einsatz nicht für angemessen. Der Einsatz dieser Gelder wäre für die Erneuerung eines Multicars mit entsprechender Winterausstattung eine wesentlich sinnvollere Investition.

Herr Nothmann befürwortet den Kauf der Fernsteuerung aus Unfallverhütungsgründen. Des Weiteren reicht im Rahmen des Winterdienstes in der Harzregion der Multi Car nicht mehr aus, um die Straßen zu beräumen. Das Anbaugerät gehört zum Fahrzeug dazu. Er versteht nicht, warum man es leasen möchte. Was habe man davon? Man bezahle die Leasinggebühren, entweder steht es bei dem der es verleast oder es steht bei der Stadt; auf die lange Zeit gerechnet, was das Fahrzeug laufen kann.

Herr Skrypek fragt, was in dem vorliegenden Beschlusstext nun geändert wird.

Frau Diebes antwortet, dass die Verwaltung vorschlägt, die Beschlusssumme auf 102.700,00 € für LKW und Fernsteuerung zu ändern.

Herr Strauß ergänzt, dass die Deckung aus der Ortsdurchfahrt Wettelrode in Höhe von 48.000,00 € und aus der Maßnahme der Löschwasserkisterne Wettelrode 54.700,00 € erfolgt.

Herr Klaube fragt, mit welcher Nutzungsdauer die Stadt diesen LKW behalten wird.

Frau Diebes Die Regelabschreibungsdauer für die Fahrzeuge beträgt 8 Jahre. Die Fahrzeuge des Bauhofes werden quasi so lange eingesetzt bis sie nicht mehr genutzt werden können. Das sind ca. 10-15 Jahre.

Abstimmung über den Antrag von Herrn Oster, die Fernsteuerung aus der Beschlussvorlage zu streichen.

Ja-Stimmen	=	6
Nein-Stimmen	=	19
Stimmenenthaltungen	=	4

Damit wird der Antrag abgelehnt.

Beschlusstext

Der Stadtrat stimmt den außerplanmäßigen Auszahlungen für den Erwerb eines LKW's "MAN mit Ladekran" (Erwerb LKW sowie Umrüstung der Fernsteuerung des Ladekrans) unter dem Produkt 11131100 - Bauhof Sachkonto 07110000 - Fahrzeuge Maßnahmenummer 111311M00004 in Höhe von 102.700,00 € zu.

Die Deckung erfolgt aus dem Produkt 54100100 - Gemeindestraßen- und Verkehrsanlagen Sachkonto 09620000 - Anlagen im Bau: Tiefbaumaßnahmen Maßnahmenummer 541001M00039 (Ortsdurchfahrt Wettelrode L231) in Höhe von 48.000,00 €

sowie aus dem Produkt 12600100 - Brandschutz Sachkonto 04210000 - Bauliche Anlagen des Infrastrukturvermögens Maßnahmenummer 126001M00018 (Löschwasserkisterne Wettelrode) in Höhe von 54.700,00 €.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 21
Nein-Stimmen = 3
Stimmenenthaltungen = 5

Beschluss- Nr.: 8 -10/20

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 8-10/20** registriert.

18:50 Uhr
Herr Pille verlässt die
Sitzung = 28 Anwesende

6.9 Genehmigung von außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 105 des KVG LSA in Höhe von 27.250,00 € für den Erwerb des Grundstückes der Gemarkung Oberröblingen, Flur 3, Flurstück 342

Begründung: Frau Diebes

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Der Ortschaftsrat Oberröblingen stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext

*Der Stadtrat stimmt den außerplanmäßigen Auszahlungen unter dem Produkt 55510100 - Land- und Forstwirtschaft zu
Sachkonto 02210000 - Landwirtschaftliche Flächen in Höhe von 27.250,00 €
Maßnahmenummer 555101M00005*

*Die Deckung erfolgt aus dem Produkt 54100100 - Gemeindestraßen- und Verkehrsanlagen
Sachkonto 09620000 - Anlagen im Bau: Tiefbaumaßnahmen in Höhe von 27.250,00 €
Maßnahmenummer 541001M00039 (Ortsdurchfahrt Wettelrode L231).*

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 28
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Beschluss- Nr.: 9 -10/20

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 9-10/20** registriert.

6.10 Satzung der Stadt Sangerhausen zur Umlage der Verbandsbeiträge des Unterhaltungsverbandes "Wipper-Weida" 2020

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext

Vom Stadtrat wird die Satzung der Stadt Sangerhausen zur Umlage der Verbandsbeiträge des Unterhaltungsverbandes "Wipper-Weida" für das Umlagejahr 2020 beschlossen, die sich mit ihrem gesamten Text im Anhang befindet. Sie ist nach Beschlussfassung und Ausfertigung komplett zu veröffentlichen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 25
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 3

Beschluss- Nr.: 10-10/20

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 10-10/20** registriert.

6.11 Satzung der Stadt Sangerhausen zur Umlage der Verbandsbeiträge des Unterhaltungsverbandes "Helme" 2020

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext

Vom Stadtrat wird die Satzung der Stadt Sangerhausen zur Umlage der Verbandsbeiträge des Unterhaltungsverbandes "Helme" für das Umlagejahr 2020 beschlossen, die sich mit ihrem gesamten Text im Anhang befindet. Sie ist nach Beschlussfassung und Ausfertigung komplett zu veröffentlichen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 25
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 3

Beschluss- Nr.: 11-10/20

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 11-10/20** registriert.

18:55 Uhr
Herr Pille kommt zurück zur
Sitzung = 29 Anwesende

6.12 Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 42 "Wohngebiet Ostsiedlung" der Stadt Sangerhausen

Begründung: Frau Diebes

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Herr Klaube fragt, ob dieses Bebauungsgebiet ausreichend ist oder ob in Sangerhausen der Bedarf an Bebauungsplätzen größer ist. Dann sollte man in der nächsten oder übernächsten Ratssitzung über weitere Bebauungsplätze nachdenken. Sicherlich macht es nicht Sinn in Bebauungsgebiete zu gehen, die die Stadt weiter vergrößert, sondern in der Kompaktheit. Kann ermittelt werden, wie viel Bedarf an Bauplätzen besteht?

Frau Diebes antwortet, dass sich der Bedarf sehr schwer ermitteln lässt. Interessenten kommen auf uns zu und fragen nach, wo es Bauplätze gibt. Welche könne man empfehlen. Es ist sehr schwer, dies jetzt zu beziffern. Die Stadt ist primär daran interessiert, diese von innen nach außen zu verdichten. Man habe die Ostsiedlung gewählt, da es sich um einen zentrumsnahen Bereich handelt. Es wird davon ausgegangen, dass dieser in absehbarer Zeit erschlossen ist. Was man nicht machen darf, ist ein Überangebot zu schaffen. Das ist nicht

vorteilhaft. Es stehen mehrere Bebauungspläne zur Verfügung, welche seit Jahren ruhen, weil dort keine Nachfrage ist. Angebot und Nachfrage müssen in einer gewissen Waagschale gehalten werden. Ein Überangebot geht nicht. Es hat auch mit Flächenversiegelung u. ä. zu tun. Sie appelliert dafür, es sukzessiv zu machen und zu schauen, wie die Pläne angenommen werden. Wenn Bedarf besteht, könne man im Bauausschuss darüber diskutieren.

Herr Skrypek fragt, welche B-Pläne schlummern.

Frau Diebes informierte, dass es einen Bebauungsplan gibt, der schon seit längerer Zeit schlummert. Der Wohnpark West. Er ist sehr zentrumsnah, aber es gibt keine Nachfragen.

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 42 "Wohngebiet Ostsiedlung" der Stadt Sangerhausen im Verfahren nach § 13 a Abs. 1 Satz 1 BauGB.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	29
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 12-10/20

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 12-10/20** registriert.

19:00 Uhr
Frau Völkel und Herr Pille verlassen die Sitzung = 27 Anwesende

6.13 Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 42 "Wohngebiet Ostsiedlung" der Stadt Sangerhausen

Begründung: Frau Diebes

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt für den Geltungsbereich des zukünftigen Bebauungsplanes Nr. 42 "Wohngebiet Ostsiedlung" den Erlass einer Veränderungssperre.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 24
Nein-Stimmen = 2
Stimmenenthaltungen = 1

Beschluss- Nr.: 13-10/20

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 13-10/20** registriert.

6.14 Beschluss zur öffentlichen Auslegung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange der 1. vereinfachten Änderung B-Plan Nr. 31 "SO Photovoltaik Othaler Weg" der Stadt Sangerhausen

Begründung: Frau Diebes

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt, den Entwurf der 1. vereinfachten Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 31 "SO Photovoltaik Othaler Weg" der Stadt Sangerhausen öffentlich auszulegen und die Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden zu beteiligen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 24
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 3

Beschluss- Nr.: 14-10/20

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 14-10/20** registriert.

19:06 Uhr
Herr Schmiedl kommt zur
Sitzung = 28 Anwesende

6.15 Baumschutzsatzung der Stadt Sangerhausen - 2. Lesung und Beschlussfassung

Begründung: Frau Diebes

Im Sanierungsausschuss gab es einen Änderungsantrag von Herrn Oster und Herrn Kemesies, welcher den Gegenstand hat, bei den Ersatzpflanzungen nicht auf große Bäume abzustellen, sondern auf mehrere kleine Bäume:

Änderungsantrag Herr Kemesies und Herr Oster:

Änderung in der Baumschutzsatzung § 9, Abs.4 und § 11 Abs. 3

Einfügen der Wahlmöglichkeit für Neupflanzungen – Ersatzpflanzungen ab der 3. Pos.

120 bis 159 cm	18 bis 20 cm, es können alternativ auch zwei kleinere Bäume als Ersatz gepflanzt werden, Stammumfang von 12 bis 16 cm
160 bis 159 cm	20 bis 25 cm, es können alternativ auch drei kleinere Bäume als Ersatz gepflanzt werden, Stammumfang von 12 bis 16 cm
über 200 cm	25 bis 30 cm, es können alternativ auch vier kleinere Bäume als Ersatz gepflanzt werden, Stammumfang von 12 bis 16 cm

Einen 2. Änderungsantrag gab es von der B.I.S. Fraktion, der darauf abstellte bei den Ersatzpflanzungen eher größere Bäume zu pflanzen, aber dafür nur einen Baum.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Die Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage mehrheitlich zu.

11 Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage zu.

(Breitenbach, Gonna, Grillenberg, Großleinungen, Lengefeld, Oberröblingen, Riestedt, Rotha, Wettelrode, Wolfsberg, Wippra)

2 Ortschaftsräte lehnten die Beschlussvorlage ab. (Morungen, Obersdorf)

1 Ortschaftsrat stimmte nicht über die Beschlussvorlage ab - Sitzung fand nicht statt. (Horla)

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

Herr Windolph spricht sich gegen den Änderungsantrag von Herrn Oster und Herrn Kemesies aus. Es handelt sich um eine Ersatzpflanzung. Wenn ein Baum weggenommen wird und die erforderliche Ersatzpflanzung an der Stelle vorgenommen wird, dann sehe er die Notwendigkeit an der Stelle nicht.

Frau Liesong erläutert und begründete den Antrag der B.I.S-Fraktion umfangreich und stellte es mit einem Faden bildlich dar.

§ 9 Abs. 6 beinhaltet folgenden Satz: *Von den Regelungen des Abs. 1 können in besonders begründeten Fällen Ausnahmen zugelassen werden.*

Dieser Satz soll ersatzlos gestrichen werden. Stattdessen soll aufgenommen werden: "Die Ersatzzahlungen sind im Haushalt der Stadt Sangerhausen zweckgebunden nur für Ersatzpflanzungen von Bäumen zu verwenden. Über deren Verwendung ist jährlich dem Stadtrat zu berichten."

Frau Diebes informierte, dass bereits im Hauptausschuss darüber diskutiert wurde. Die Verwaltung würde bei Absatz 6 nicht mitgehen. Die Satzung sollte einen Ermessensspielraum haben. Aus rechtlichen Gründen sollte dies unbedingt drin stehen gelassen werden.

Frau Liesong Zu den Baumstammumfängen habe Frau Diebes nichts gesagt, die man ersetzt haben möchte.

Frau Diebes sagt, das der Vorschlag der Verwaltung bezüglich der Baumstammumfänge nach wie vor so ist, wie es in der Satzung steht. Man ist nicht der Meinung, dass mehrere Bäume für einen Baum gepflanzt werden sollen und es sollen auch nicht die Stammumfänge vergrößert werden.

Herr Oster Das entscheidende Kriterium diesen Antrag zu stellen war, auch mehr Bäume zu pflanzen. Je größer ein Baum ist, desto schwerer ist die Neuanpflanzung. Ein größerer Baum ist auch viel teurer. Deshalb habe man die Möglichkeit angeboten, zwei kleine Bäume zu pflanzen. Kleinere Bäume wachsen auch schneller an.

Herr Kemesies schließt sich den Ausführungen von Herrn Oster an. Zukünftig mehr Grün, mit der Alternative mehrere kleine Bäume zu pflanzen, in die Flächen zu bringen. Die Anwachsgarantie ist viel größer, wenn man kleine Bäume pflanzt. Dies empfehlen auch die Baumschulen.

Herr Nothmann stimmt gegen den Antrag.

Bezüglich der Ernst-Thälmann-Straße ist er sich nicht sicher, ob der Baumbeauftragte der Stadt sich vor der Baumfällung den Baum angesehen hat. Die Buche war nicht krank.

Weiterhin informierte er darüber, dass er von einem Bürger in Kenntnis gesetzt wurde, dass in seinem Wohnort ein Baum in der Mitte aufgerissen sei. Nach Inaugenscheinnahme sah er, dass ein Teil des Baumes direkt auf der Straße hing. Der Baum musste durch den Bürger schnell beseitigt werden. Nach 3 Wochen ging ein Schreiben der Stadt ein, mit der Aufforderung 1.000,00 € zahlen zu müssen. Er hat bei der Stadt angerufen und gefragt, was das soll. Der Bescheid wurde von der Stadt zurückgenommen. Der Baumsachverständige ist gekommen und hat, ohne sich bei dem Bürger zu melden, dass Gutachten erstellt. Es wurde vorher nicht gefragt, was eigentlich vorgefallen war. Damit sei er nicht einverstanden, das geht nicht.

Jeder Baum hat seinen Standort (Boden, Klima, Wasser) danach sollte man sich bei der Baumpflanzung auch richten. Wenn er das richtig verstanden habe, wolle man keine

ausländischen Baumarten mehr anpflanzen. Dieses Thema hatte er bereits beim Landkreis angesprochen. Warum sollte man z. B. einen Ginkgobaum nicht anpflanzen? Für ihn gibt es dafür keine Begründung.

Herr Windolph Man habe deshalb eine Baumschutzsatzung, weil man in die privaten Grundstücksangelegenheiten eingreife. Wenn jemand auf seinem privaten Grundstück einen Baum fällt, muss er bestimmte Regelungen einhalten, muss Ersatzpflanzungen vornehmen. Im öffentlichen Verkehrsraum entscheidet der Stadtrat, wenn Bäume gefällt werden. Dieser gibt es häufig nicht her, dort große Pflanzungen anzulegen, weil die Fläche dafür nicht da ist. Wo sollen auf privaten Grundstücken die Ersatzpflanzungen gemacht werden? Er widerspricht daher. Auch im Wald gehören keine Ersatzpflanzungen. Ersatzpflanzungen sollen das Klima in den Städten und Ortschaften verbessern. Spricht sich gegen den Antrag der Mehrpflanzungen aus. Es soll so gehandhabt werden, wie es die Satzung vorsieht.

Frau Liesong verwarft sich gegen die Äußerungen von Herrn Nothmann. Wenn er die Intension der B.I.S. Fraktion, einheimische Bäume als Ersatzpflanzung zu verwenden, als rassistische Gesinnung unterstellt, dann ist das unterhalb der Gürtellinie. Man habe genügend sogenannte Neophyten, die Unheil anrichten und von den man nicht wisse, wie sie wachsen.

Herr Nothmann erklärt, dass er auf keinen Fall unterstellen wollte, dass sie rassistisch seien. Er kann mit dieser Form der Baumsatzung nicht leben.

19:35 Uhr
*Herr Stefan Klaube verlässt die
Sitzung = 27 Anwesende*

Herr Kemesies äußerte sich zu den Ausführungen von Herrn Windolph. Wenn der Baum auf einem privaten Grundstück gefällt wird, ist die Ersatzpflanzung nicht zwingend auf dem privaten Grundstück erforderlich. Man habe genügend Flächen in der Öffentlichkeit, wo Bäume gepflanzt werden können. Man sollte auch jede Fläche nutzen, um somit optimale Klimabedingungen zu schaffen.

Herr Windolph widerspricht diesem. Wird ein Baum von einem privaten Grundstück gefällt und die Ersatzpflanzung erfolgt im öffentlichen Verkehrsraum - gerade das soll nicht sein. Dort wo der Eingriff stattgefunden hat, dort soll er ausgeglichen werden. Das ist der Maßstab dieser Satzung.

Herr Oster Unser Antrag bezieht sich auf ein Wahlrecht - alternativ zwei kleinere Bäume als Ersatz zu pflanzen, drei oder auch vier kleinere in einer anderen Stärke (Stammumfang). Es geht nicht darum wo der Baum steht, sondern dass überhaupt ein Baum steht. Manchmal ist ein Baum an einer Stelle oder auf einem Grundstück, wo es nicht möglich ist eine Ersatzpflanzung durchzuführen. Entscheidend ist doch, dass er in der Nähe steht und in Ruhe wachsen kann und auch niemanden stört. Unser Antrag ist eine Wahlmöglichkeit zu eröffnen und nicht ein Alternativantrag.

Er äußerte sich zu den Ausführungen von Herrn Nothmann bezüglich Verwarngeld. Hier müsste noch aufgenommen werden und dazu stellte er den Antrag, dass eine Anhörung stattzufinden hat, bevor eine Ordnungswidrigkeit ausgesprochen wird.

Herr Nothmann stellt den Antrag, dass die Begutachtung eines gefälltten oder eines beschnittenen Baumes nur in Abstimmung mit dem Eigentümer erfolgen darf.

Herr Hüttel stellt den Antrag auf 3. Lesung.

Herr Skrypek schließt sich Herrn Hüttel an und ist auch für 3. Lesung. In den Ausschüssen sollten die neuen Erkenntnisse noch einmal besprochen werden.

Herr Peche sagt, dass man eine andere Ausgangssituation hatte, weil Ausschusssitzungen und Fraktionssitzungen kaum stattgefunden haben. Es ist eine weitreichende Satzung und es gibt noch Diskussionsbedarf. 2 Vorschläge bzw. Anträge wurden gemacht und wenn man diese jetzt zusammenbringe, sei es das Beste.

Herr Skrypek sagt, man habe zwischenzeitlich nicht nur 2 Änderungsanträge, sondern 3 bzw. 4 und deshalb ist eine 3. Lesung angebracht.

Herr Kemesies versteht nicht, warum eine 3. Lesung stattfinden soll. Der Antrag von der B.I.S – Fraktion hat mit dem Antrag von Herrn Oster und Herrn Kemesies nichts zu tun. Der Eine beantragt generell eine Erhöhung der bis jetzt niedergeschriebenen, in der Beschlussvorlage enthaltenen Bäume. Der Zweite hier vorliegende Antrag von Herrn Oster und Herrn Kemesies, beinhaltet in den drei letzten Positionen eine Alternative. Egal wie stark die Bäume festgeschrieben sind, eine Alternative, um hier mehr kleinere Bäume zu pflanzen. Der eine Antrag hat mit dem anderen nichts zu tun.

Frau Liesong **Geschäftsordnungsantrag**

Frau Liesong stellt den Antrag auf 3 Minuten Auszeit.

Abstimmung über Geschäftsordnungsantrag - Auszeit von 3 Minuten

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Beginn Auszeit 19:45 Uhr

19:45 Uhr

Herr Wedekind, Herr Schultze, Herr Windolph, Herr Thunert, Herr Scholz und Herr Klaube verlassen die Sitzung = 21 Anwesende

Ende Auszeit 19:48 Uhr

Frau Liesong Die B.I.S zieht ihren Antrag zurück.

Herr Hüttel zieht seinen Antrag auf 3. Lesung zurück.

Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Kemesies und Herrn Oster

Herr Kemesies wies auf einen Fehler im Änderungsantrag hin. Es betrifft § 9 Abs. 4 und § 11 Abs. 3

Ja-Stimmen	=	21
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abstimmung über den Antrag von Herrn Nothmann - Die Begutachtung von gefälltten oder bearbeiteten Bäumen darf nur in Abstimmung mit dem Eigentümer durchgeführt werden.

Ist im § 13 einzufügen.

Herr Strauß ging auf den § 13 ein.

Im letzten Satz heißt es: "Die Vorankündigung entfällt bei Gefahr in Verzuge."

In der Satzung besteht kein ständiges Durchsuchungsrecht im Sinne einer überörtlichen Polizeibehörde, sondern dieses Betretungsrecht erfordert immer eine Vorankündigung.

D. h. betreten des Grundstückes in Abstimmung mit dem Grundstückseigentümer, wenn es notwendig ist. Des Weiteren hat die Satzung eine gewisse Schutzfunktion.

Ja-Stimmen	=	4
Nein-Stimmen	=	12
Stimmenenthaltungen	=	5

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Herr Peche über den § 9 Abs. 6 letzter Satz (Über deren Verwendung ist jährlich dem Stadtrat zu berichten.) wollte man sich verständigen. Wird dieser übernommen?

Herr Skrypek antwortet, dass im gestrigen Hauptausschuss gesagt wurde, dass die Verwaltung diesen Satz übernimmt.

19:50 Uhr

Herr Wedekind, Herr Schultze, Herr Windolph, Herr Thunert, Herr Scholz und Herr Klaube kommen zurück zur Sitzung = 27 Anwesende

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die Änderung der örtlichen Baumschutzsatzung im Bereich der Stadt Sangerhausen und deren Ortschaften.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 15-10/20

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 15-10/20** registriert.

6.16 Satzung der Stadt Sangerhausen über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Nutzung des Informationszentrums Rose und der Rosenarena

Die Beschlussvorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

6.17 Finanzierung des Bauvorhabens „Goldener Saal“ aus Mitteln des Förderprogramms städtebaulicher Denkmalschutz

Begründung: Frau Diebes

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Änderungsantrag des Ausschusses

Änderung der Beschlussvorlage/Beschlusstext

- Grundsatzbeschluss soll gefasst werden.
- Die Errichtung des Goldenen Saales soll erfolgen.
- Der Sanierungsausschuss begleitet das Vorhaben.
- Eine Konzepterarbeitung erfolgt noch.

Abstimmung: Zustimmung zum Antrag

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zu.

Zu der vorgelegten Beschlussvorlage wurde nicht abgestimmt.

Herr Oster ist für einen Kosten-Nutzen-Vergleich. Die Verwaltung soll sich zum Grundsatzbeschluss aus dem Sanierungsausschuss positionieren und über die Konzeption noch einmal nachdenken.

Der Goldene Saal ist schwer erreichbar und den Zwecken, die da verfolgt werden, den sogenannten Bürgersaal, den er aufgrund der schwierigen Zugänglichkeit, nie gesehen habe, nicht geeignet.

Die schwierige Zugänglichkeit ist auch das, was die Kosten in die Höhe treibt. Das Programm wurde geändert, dadurch drängt uns zeitlich keiner. Er kann nicht nachvollziehen, warum es jetzt durchgeführt werden soll. Der Goldene Saal hätte uns im Zuge der Corona-Beschränkungen auch nichts genutzt. Die Frage stellt sich: Ist es vernünftig? Er ist nach wie vor davon überzeugt, dass man die Kosten reduzieren kann. Mit den bestehenden Toiletten, mit dem bestehenden Treppenaufgang, mit dem bestehenden Aufzug – Wenn das alles nicht nutzbar ist, dann ist dieses Gebäude als Saal nicht geeignet. Es sind Steuergelder, mit denen umgegangen wird. Er kann der vorliegenden Beschlussvorlage nicht folgen.

Herr Strauß sagt, das Thema habe man ausgiebig im Sanierungsausschuss diskutiert. Ob man noch Kosten sparen könne und man zu einem ordentlichen Ergebnis kommt. Das Thema ist seines Erachtens positiv ausdiskutiert. Er ist der festen Überzeugung, dass man 2 Möglichkeiten habe. Es wird richtig und ordentlich gemacht, so dass auch ein Ergebnis dabei herauskommt. Oder man lasse es sein und sage, man mache es nicht. Das ist die Entscheidung, die heute getroffen werden sollte. Er spricht sich nicht für den Antrag des Sanierungsausschusses aus, dass die Höhe aus der Beschlussvorlage gestrichen wird.

Herr Klaube Das Gebäude gehört der Stadt Sangerhausen. Sein Lösungsvorschlag wäre, aus dem Ratskeller einen Saal zu machen, welcher ebenerdig ist. Die Stadtverwaltung dies dann als Garage für ihre Autos nutzen könnte. Dementsprechend habe man eine Werterhaltung und das Rathaus wird komplett genutzt.

Herr Gehlmann stimmt Herrn Oster zu. Es stellt sich die Frage, wie konnte man solch ein Gebäude erwerben? Wenn es schon über Jahrzehnte geht, dass man mit dem Gedanken spielt, so ein Gebäude zu erwerben und bis jetzt noch keine Entscheidung getroffen hat, dann zeigt sich auch die Unentschlossenheit des Stadtrates. Wenn man heute zustimmt, würde man ein falsches Signal nach außen setzen. Finanziell werden die Zeiten nicht besser. Die AfD-Fraktion wird nicht zustimmen. Das Gebäude ist es nicht Wert, wenn man es sich näher betrachtet. Die Kosten werden explodieren. Es stellt sich die Frage: Warum wurde das Gebäude überhaupt in diesem schlechten Zustand gekauft?

Herr Hüttel äußerte, dass es nicht nur ein Ratssaal, sondern ein Bürgersaal sein soll. Das Bauwerk sollte nicht nur als Ratssaal erhalten werden, sondern auch als Bürgersaal. Der Sanierungsausschuss soll das Vorhaben begleiten. Der Grundsatzbeschluss und die grobe Richtung müssen klar sein. Man entscheidet heute ja oder nein, das muss sich jeder bewusst sein. Er war auch einer von denen, die gegen das Vorhaben „Trillerei“ gestimmt haben, weil nicht alle Unterlagen vorlagen. Heute kann er nur sagen, dies war ein großer Fehler. Den gleichen Fehler sollte man nicht noch einmal begehen.

Herr Nothmann Wenn es ein Bürgersaal werden soll, muss überlegt werden, wie die Kosten für diesen Saal gedeckt werden können. Es kann nicht wie beim Rosarium sein, dass die Kosten für die Nutzerumlagen, eventuell die Folgekosten, die der Gesetzgeber vorschreibt, diese in keiner Weise deckt. Es sind immer Steuergelder.

Herr Peche Damals ist die Entscheidung getroffen worden, das technische Rathaus dort hin zu bauen, wo es jetzt ist - auf den Markt im Zusammenhang mit dem Goldenen Saal. Auch wenn es Geschichte ist, damals haben sich die Stadträte etwas dabei gedacht. Das Thema „Goldener Saal“ war wichtig für die Ansiedlung und den Bau des technischen Rathauses an dieser Stelle. Man wollte von vornherein, dass die Zusammenlegung des Goldenen Saals mit dem Rathaus ein zentraler Standort für die Stadt Sangerhausen wird. Das Wort "Goldener Saal" werde man nie loswerden, aber es soll ein Bürgerhaus werden. Die Entscheidung sollte heute getroffen werden - ja oder nein. Der Sanierungsausschuss soll es begleiten und es gibt Fachleute, die dazu projektieren und die Kosten überwachen. Gemeinsames Denken sollte mit eingebracht werden, nicht als Planer fungieren und nicht mit rein reden. Man sollte immer daran denken, Mittel so wenig wie möglich auszugeben und an anderer Stelle zu sparen.

Herr Jung stimmt dagegen, bekommt klare Ablehnung von außen.

Herr Oster gibt zu bedenken, dass man Geld nur einmal zum Ausgeben hat. Es wurde gerade in Verbindung mit dem Thema „Trillerei“ gebracht, weil es nicht in Anspruch genommen wurde. Man plant dieses Geld, auch die Eigenmittel. Warum reichen wir dann nicht mit diesem Geld, 2.8 Mio. € Trillerei? Es ist für ihn eine Frage der Prioritätensetzung. Warum setzt man das Geld nicht dafür ein? Vermisst Finanzvernunft.

Frau Rauhut ist für den Goldenen Saal als Ratssaal, aber nicht um dort einen Bürgersaal zu integrieren.

Herr Skrypek äußerte, dass man als Stadträte stolz sein sollte auf unsere schöne Innenstadt und auf das, was man in den letzten 25 Jahren geschaffen habe. Er weist die Aussage von Herrn Gehlmann bezüglich der Unentschlossenheit des Stadtrates mit dem Goldenen Saal zurück. Der Sanierungsausschuss und auch der Stadtrat haben sich intensiv in den letzten Jahren mit der Thematik Bürgersaal beschäftigt. Es sollte ein Saal sein, der eine Mehrfachnutzung erfahren soll. EFRE-Mittel wurden beantragt. Man hätte es gern für die 1,16 Mio. € realisiert. Im Sanierungsausschuss wurde man eines Besseren belehrt, dass das Vorhaben für diese 1,16 Mio. € nicht umsetzbar sei, weil nichts stimmte. Das Bauamt hat auch nur Annahmen getroffen, was es vielleicht noch kosten könnte. Er möchte dieses Vorhaben schon mit der „Trillerei“ vergleichen. Hätte man damals diese 1 Mio. € dafür eingesetzt, wäre heute nicht mehr dieser Schandfleck und man hätte eine Lücke geschlossen. Die Mehrheit des Stadtrates wollte es nicht so, jetzt habe man diesen Schandfleck, so wie er dort ist. Damit uns das mit dem Goldenen Saal eben nicht passiert, sollten wir als Stadträte wirklich noch einmal in uns gehen und einen weiteren Schandfleck verhindern. Für 560.000€ Eigenmittel bekommen wir einen Bürgersaal mitten im Zentrum unserer schönen Innenstadt. Die restlichen Mittel sind Denkmalmittel, welche von seitens der Denkmalbehörde auch nicht einfach mal so vergeben werden. Diese Behörde achtet von Anfang an eben sehr genau auf die denkmalschutzrechtlichen Aspekte in unserer Stadt. So eine Chance bekommen wir in den nächsten 10 Jahren nicht noch einmal und wir sollten Sie nicht vergeben.

Herr Gehlmann sagt, es ist nicht 1:1 mit der „Trillerei“ zu vergleichen. Die „Trillerei“ ist für die Öffentlichkeit zugänglich. Für den Goldenen Saal gibt es nicht einmal einen Zugang. Wie konnte man solch ein Grundstück erwerben? Er hat bisher noch keine Antwort darauf bekommen. Man kann auch Fehler eingestehen. Er sieht es kritisch. Die Konzepte sollten noch einmal überdacht werden.

Herr Peche meint, der Stadtrat hat in der Vergangenheit nicht übermütig gearbeitet. Mit dem Goldenen Saal hat man es sich nicht leicht gemacht. Von vornherein war klar, dass das Amtsgericht nicht als Zugang dient. Das Technische Rathaus ist dort gebaut worden, weil man vom Technischen Rathaus aus den Goldenen Saal begehen wollte. Das ist unstrittig und so waren die ersten Planungen gewesen. Mit den dazugehörigen Unterlagen kann man sich auseinandersetzen.

Man sollte den Mut haben, wie schon in vorherigen Ratslegislaturperioden, die Sache zu verfolgen, z.B. der Marktplatz. Wie würde er heute aussehen?

Das sind Privatgrundstücke, man konnte, weil man auch noch mehr Geld zur Verfügung hatte, privat mehr Geld zur Verfügung stellen. Es gab keine Kappungsgrenze. Schauen Sie sich Markt 5 an, umgerechnet wären es bestimmt heute 2 Mio. €. Damals habe man an einen privaten Investor 1 Mio. € zur Verfügung gestellt. Schauen Sie sich an, wo es zum Parkplatz geht, das Haus was man geschaffen habe. Es ist weiterhin ein denkmalgeschütztes Haus. Fachwerk und Rundbogen konnten erhalten werden. Dies habe man über Jahre alles eingelagert und hat richtig viel Geld gekostet. Wenn man da nur von der Wirtschaftlichkeit ausgegangen wäre, hätte man nicht den Markt 5, den Markt 17 und auch die gesamte Innenstadt nicht so, wie man sie jetzt hat. Man habe immer im Interesse der Bürger und der Stadt Sangerhausen es so gewählt, dass man etwas voranbringe. Man wusste auch, dass ein Denkmalschutz und eine Stadtsanierung immer teurer sind.

Warum sollte man als Sangerhäuser Stadtrat nicht den Mut haben, sich zu unserer Stadt zu bekennen und zum Goldenen Saal. Ein Bürgerhaus unter den besten und sparsamsten Voraussetzungen haben.

Herr Schultze Es gibt einen Grund, warum man das im Finanzausschuss behandelt habe. Man stelle 200.000,00 € im Jahr vom städtebaulichen Denkmalschutz als Eigenmittel im

städtischen Haushalt zur Verfügung. Das wird auch die nächsten Jahre so sein. Es gibt keine Anzeichen, dass das Land die Investitionspauschale in irgendeiner Art und Weise kürzen wird. Das Gebäude gehört der Stadt und man müsse sich darum kümmern. Er sieht es als richtig an, dass Geld in die Hand genommen wird, um etwas zu machen.

Er würde sich wünschen, dass man noch einmal darüber redet, ob der Fahrstuhl und der Anbau wirklich sinnvoll sind. Im Sanierungsausschuss wurde gesagt, das ist Aufgabe des Sanierungsausschusses.

Das, was man jetzt als Stadtrat mache ist, den Sanierungsausschuss zu bevormunden, mit dem Beschluss den man beschließe. Der Sanierungsausschuss hat jedes Jahr umgerechnet 1 Mio. €, die er nach seinem Wirtschaftsplan verplanen kann. Nur weil es jetzt ein Objekt in solch einer Größenordnung ist, sagt der Sanierungsausschuss nein, ich möchte den Stadtrat mit einbinden. Der Grund, warum er heute der Vorlage zustimmt ist, die Mittel habe man im Sanierungsausschuss jeden Tag über mehrere Jahre. Jetzt habe man ein Vorhaben, was man gebündelt vollziehe. Er findet den Zeitpunkt jetzt richtig das zu machen, weil alle wieder überlegen wie man die Wirtschaft wieder hochfahren könne. Öffentliche Investitionen sind wichtig, um die Leute wieder in die Arbeit zu bringen.

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die Finanzierung des Bauvorhabens "Goldener Saal" aus Mitteln des Programms städtebaulicher Denkmalschutz. Die vorliegende Kostenschätzung beläuft sich auf eine Höhe von 2,8 Mio. €.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	16
Nein-Stimmen	=	11
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 16 -10/20

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 16-10/20** registriert.

*20:28 Uhr
Herr Jung und Herr Siefke
verlassen die Sitzung = 25 Anwesende*

6.18 Zustimmung der Stadt Sangerhausen zur Fördermittelbeantragung Waldbad Grillenberg für die Folienauskleidung und Chlorgasanlage

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Der Ortschaftsrat Grillenberg stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext

Der Stadtrat stimmt dem Vorhaben des Waldbadvereins Grillenberg e.V. zu, einen Zuschuss in Höhe von 65.754,20 € zu beantragen.

Weiterhin ermächtigt er den Oberbürgermeister die Zustimmung der Stadt Sangerhausen zur Erhaltung des Freibadbetriebes während der Zweckbindungsfrist von 5 Jahren, nach Fertigstellung, unter der Bedingung zu erteilen, dass der Stadt Sangerhausen im Rahmen der Investition keine Kosten und keine Folgekosten zur Durchführung des geplanten Projekts entstehen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	24
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Beschluss- Nr.: 17-10/20

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 17-10/20** registriert.

*20:33 Uhr
Herr Jung und Herr Siefke
kommen zurück zur Sitzung = 27 Anwesende*

6.19 Ermächtigung des Oberbürgermeisters zur Einlegung eines Rechtsmittels

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung zu.

Herr Peche sagt, dass es fast 5 Jahre her ist, dass man sich entschieden habe, gegen den Kreis zu klagen. Man habe die ganze Zeit immer das Gespräch mit dem Landkreis gesucht, was das Thema Kommunalfinzen angeht. Von der Stadt wird Konsolidierung verlangt, die Kreisumlage wurde von 2006 bis jetzt, wenn man die Einwohner betrachtet, um fast das Doppelte erhöht. Man habe nie das Doppelte an Investitionspauschale oder andere Zuschüsse bekommen. Am 16. Dezember 2019 wurde ein rechtskräftiges Urteil gefällt. Als Stadtrat habe man gesagt, man sehe es nicht als Hieb an. Man sehe, dass endlich der Landkreis es auch mit uns zusammen aufnimmt, gegen Land und Bund gegen bestimmte Gesetzlichkeiten vorzugehen und hier zu versuchen, dass man auf eine andere Ebene kommt. Was ist seitdem geschehen? Die MZ hat in letzter Zeit nicht die beste Rolle gespielt. Man hat uns nie als Sieger gesehen, es wurde begründet, warum man die Klage eingegangen ist. Aber was in der MZ berichtet wurde; der arme Kreis? Dass die Stadt hier einen Prozess durchgeführt hat und Recht bekommen hat, hätte auch erwähnt werden können.

Er kann nicht nachvollziehen, warum man von der Landrätin und vom Kreis bestraft werde, weil man Recht bekomme habe. Es ist beschämend, dass sie sich nicht an die eigenen Vorgaben halten, die an uns weiter gegeben wurden. Es bleibt uns nichts weiter übrig, als die Klage nochmals zu erheben. Vielleicht wachen sie jetzt auf und gehen den Schritt mit, den man immer gehen wollte, gemeinsam was zu unternehmen mit Bund und Land, dass die Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden aufhört.

Herr Hüttel meint, man habe aktuell 3 Klagen (2017, 2018, 2019) eingereicht und wolle 2020 erneut klagen. Alle Kreistagsmitglieder aus verschiedenen Gremien wussten, was es für Auswirkungen hat, wenn man so hohe Kreisumlagen beschließe und wie wichtig eine Abwägung für die Entscheidung ist. Unser Vorsitzender des Stadtrates, Herr Skrypek, ist Vorsitzender des Finanzausschusses des Kreistages, 5 Mitglieder des Stadtrates sind Mitglieder des Kreistages, weitere Mitglieder aus dem Bereich sachkundige Einwohner, sind Mitglieder in einzelnen Gremien des Kreistages.

Er fragt, warum man nicht noch einmal mit dem Landkreis redet? Was erreiche man mit einer weiteren Klage? Das Problem löst man damit nicht. Es füllt nur die Kassen der Anwälte.

20:58 Uhr
Herr Strauß
verlässt die Sitzung = 26 Anwesende

Herr Oster hat sich zu der Frage, warum im Kreistag das immer wieder beschlossen wird, auch Gedanken gemacht. Alternativvorschläge die vorgelegt worden, werden immer zerredet, weil sich zu wenige mit der Materie beschäftigen. Das ist das Problem, was der Kreis hat. Dass die Kreisverwaltung aber auch keinen Vorschlag bringt, dieses zu ändern, ist eigentlich das traurige daran. Wenn der Landkreis keine Anhörung macht, dann wird er wieder eine Klage erhalten. Er wird der Vorlage zustimmen.

Herr Windolph Wenn man einen Bescheid bekommt und eine Rechtsmittelbelehrung erhält, dann muss in der Zeit etwas getan werden oder fechtet ihn an. Genau das ist es, was man heute entscheiden müsse. Es müssen Folgen von unserem Haushalt abgewendet werden und uns solange wehren, bis man uns erhört.

Herr Nothmann ist der Meinung, es wurden immer Gelder ausgegeben, die nicht nötig waren. Wenn es bei der Haushaltssatzung um die Diskussion ging, ob Kommunen beteiligt werden sollen, das gab es nicht, es wurde abgelehnt. Was haben wir zu verlieren? Er plädiert dafür, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Hüttel sagt, man wolle, dass der Landkreis etwas bekennt. Er hat den Eindruck, dass der Großteil der Verwaltungsleitung im Landkreis beratungsresistent ist. Mit einem weiteren Gerichtsverfahren in den nächsten Jahren erreiche man nichts. Das ist das Problem, was man habe. Man sollte nochmals mit den Kreistagsmitgliedern reden. Mit einer Klage erreicht man nichts.

Herr Kotzur wird dem Antrag nicht zustimmen. Er begründet dies damit, dass sowohl beim Kreis als auch bei der Stadt bei jeder Haushaltsberatung gesagt wird, man brauche einen Haushalt, um handlungsfähig zu sein. Im letzten Jahr hat es eine Abwägung gegeben, wo Frau Gernay und Herr Grünwald uns die Abwägung erläutert hat. Seines Wissens ist diese auch in die Haushaltsberatungen, in den Haushaltbeschluss, welcher im Dezember gefasst wurde, eingeflossen. Landkreis und Gemeinden sind strukturell unterfinanziert.

Herr Schmiedl ist der Ansicht, dass der Landkreis nicht tun und lassen kann was er will. Er stellt die Frage an Herrn Schuster, ob der Landkreis die Abwägungen korrekt vorgenommen hat, oder nicht.

Herr Schuster antwortet, dass muss ein Gericht entscheiden. Der Landkreis hat sich definitiv mehr Mühe gegeben. Man hatte im Jahr 2017 keine Abwägung, 2018 auch keine, 2019 einen Versuch unternommen. Jetzt liegt das Urteil vor, worin steht wie eine Abwägung auszusehen hat. Jetzt können Sie sich alle ein Bild machen, ob es so gelaufen ist. Es gibt noch zwei Rechtsfragen, die dringend zu klären sind. Diese kläre man im nicht öffentlichen Teil oder vor Gericht.

Herr Schmiedl sagt, man habe also dem Landkreis versucht klar zu machen, dass man nicht gewillt sei, irgendwelche willkürlichen Zahlen vorzulegen. Man habe geklagt und das im Folgenden und im darauffolgenden Jahr erneut getan. Die logische Konsequenz ist, heute hier erneut zu sagen: „Landkreis wir haben es versucht“. Wenn der Landkreis in Bezug auf die Kreisumlage seine Festsetzungspolitik nicht ändert, dann werde man erneut klagen müssen.

Herr Oster Der Landkreis ist nicht bereit, aufeinander zuzugehen. Herr Prof. Dombert hat in der Veranstaltung im Glashaus eingeladen gemeinsam zum Land zu gehen. Diese Einladung hat der Landkreis nicht angenommen. Der Landkreis muss seine Fehler ausbügeln, nicht die Stadt.

Geschäftsordnungsantrag - Frau Liesong

Beendigung der Rednerliste

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

Ja-Stimmen	=	23
Nein-Stimmen	=	3
Stimmenenthaltungen	=	0

Herr Kemesies Uns liegt eine Beschlussvorlage vor. Hier gilt es zu entscheiden, legt der Stadtrat Rechtsmittel ein oder nicht. Wenn man sich in dem zu erwartenden Bescheid ungerecht behandelt fühlt, könne man die Rechtsmittel einlegen.

Beschlusstext

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, nach Vorliegen des endgültigen Festsetzungsbescheides, gegen diesen Rechtsbehelf einzulegen. Der Streitwert wird voraussichtlich bei 11.623.360,00 € liegen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 22
Nein-Stimmen = 2
Stimmenenthaltungen = 2

Beschluss- Nr.: 18-10/20

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 18-10/20** registriert.

*21:05 Uhr
Herr Strauß
kommt zurück zur Sitzung = 27 Anwesende*

7. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung

7.1 Bericht der Stadt Sangerhausen über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 26 Abs. 1 KomHVO LSA - Stand 31.12.2019

*21:06 Uhr
Herr Wagner
verlässt die Sitzung = 26 Anwesende*

.....
gez. Madeleine Schneegaß
Protokollführerin

.....
gez. Andreas Skrypek
Vorsitzender